

Arbeit & Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB

www.arbeit-wirtschaft.at

© ÖGB-Verlag/Christian Fischer

A woman with dark hair pulled back, wearing a bright red sweater, is smiling at the camera. She is holding a bronze bust of a man's head on a wooden base in her left hand and a smartphone in her right hand. The background is a plain, light grey.

Vorwärts!

Gedenken aus ArbeitnehmerInnensicht

Coverstory:
Nie vergessen: Die Solidarität

In Favoriten findet man nicht nur Spuren der historischen ArbeiterInnenbewegung. **6**

Interview:
Die spannenden 1970er-Jahre

Ferdinand Lacina über ereignisreiche Jahrzehnte und eine wenig rosige Zukunft. **16**

Reportage:
Das ambivalente Gedenken

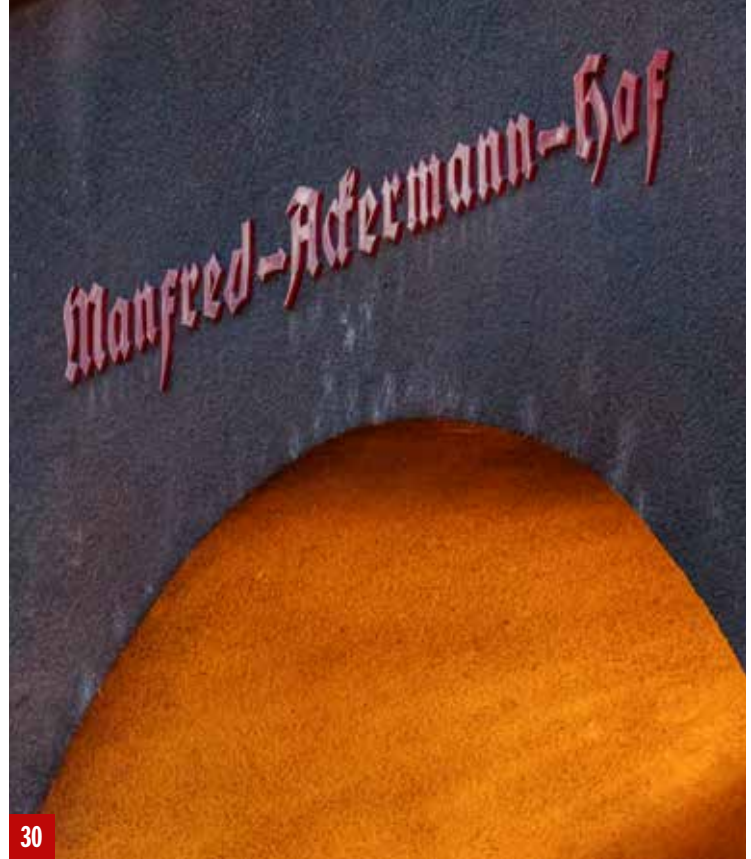
So manche Gewerkschafter der ersten Stunde waren jüdischer Herkunft. **28**



16

Interview

Ferdinand Lacina war von 1986 bis 1995 Finanzminister. Er blickt zurück auf die Umbrüche in den 1970er-Jahren und die Jahrzehnte seither. Die Zukunft sieht er alles andere als rosig.



30

Reportage

In den Anfängen der österreichischen Gewerkschaftsbewegung finden sich einige Kämpfer mit jüdischer Herkunft. Dieser Aspekt wurde aber bisher weitgehend ausgeblendet.

Schwerpunkt

Wiens roter Oktober

ArbeiterInnen kämpften 1848 bis zum Schluss für die Revolution, aber nur wenige Studenten und Bürgerliche.

100 Jahre Achtstundentag

Außer durch Faschismus und Krieg stand bis 2018 der Achtstundentag mit zehn Stunden Höchst Arbeitszeit nie infrage.

Zurück zu den oberen 100.000

Ohne Zustimmung der Arbeitgeber kann künftig in der Krankenversicherung nicht einmal ein Pflaster bestellt werden.

Die Republik, die sie wollten

Im Jahr 1918 kämpfte die Gewerkschaft tatkräftig bei der Gründung der „sozialen Demokratie“ mit.

Wer die Wahl hat ...

Das Wahlrecht wird seit über einem Jahrhundert Schritt für Schritt inklusiver. Defizite bestehen aber bis heute.

12

Im Untergrund

Als die Gewerkschaft gezwungen war, gegen den Austrofaschismus und Nationalsozialismus Widerstand zu leisten.

28

14

Verantwortungsverlagerung

Damals wie heute geht es bei der Arbeitsmarktpolitik im Wesentlichen um Verteilungsfragen.

36

20

Revolution light

Die 68er-Bewegung war der Startschuss für viele Reformen und gesellschaftliche Veränderungen.

38

22

Die Verstaatlichung der Verluste

2008 platzte die Immobilienblase in den USA und löste in der Folge die stärkste Rezession der Nachkriegszeit aus.

40

26

Kulturtipps zum Gedenkjahr

Das Gedenkjahr 2018 neigt sich dem Ende zu. Einige Ausstellungen sind aber noch bis nächstes Jahr zu sehen.

42

Coverstory

In Favoriten nahm die österreichische ArbeiterInnenbewegung ihren Ausgang. Ihre Spuren findet man bis heute.

Standards

Historie: Eine Republik mit gleichen Rechten	4
Standpunkt: Das unmenschliche Gespenst	5
Statistiken: Wir gedenken der Zahlen, Daten & Fakten!	24
Nicht zuletzt – von Susanne Hofer	43
Frisch gebloggt	44
Aus AK & Gewerkschaften	45
Man kann nicht alles wissen	46

Erklärungen aller grün markierten Worte.

Impressum

Redaktion „Arbeit&Wirtschaft“:

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien,
Tel.: (01) 534 44-39263 Dw.,
Fax: (01) 534 44-100222 Dw.,
Sonja Fercher (CvD),
Sonja Adler (Sekretariat): 39263 Dw.
E-Mail: sonja.adler@oegb.at
Internet: www.arbeit-wirtschaft.at

Abonnementverwaltung und Adressänderung:

Bettina Eichhorn, Cynthia Fadenberger, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien, Tel.: (01) 662 32 96-0
E-Mail: aboservice@oegbverlag.at

Redaktionskomitee:

Bernhard Achitz, Sonja Adler, Thomas Angerer, Lucia Bauer, Romana Brait, Gerhard Bröthaler, Adi Buxbaum, Brigitte Daumen Garrido, Georg Feigl, Sonja Fercher, Andreas Gjecaj, Elisabeth Glantschnig, Oliver Gruber, Richard Halwax, Melissa Huber, Georg Kovarik, Florian Kräftner, Iris Krassnitzer, Sylvia Kuba, Vera Lacina, Heinz Leitsmüller, Sabine Letz, Pia Lichtblau, Michael Mazohl, Martin Müller, Klaus-Dieter Mulley, Martin Panholzer, Brigitte Pellar, Sybille Pirklbauer, Philipp Schnell, Josef Thoman, Christina Wieser, Michael Wögerer, Gabriele Zgubic, Karin Zimmermann

Redaktionsmitglieder:

Sonja Fercher (CvD), Sonja Adler (Sekretariat),
Thomas Jarmer (Artdirektion),
Walter Schauer (Grafik und Layout)

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:

Sonja Fercher (CvD), Sonja Adler, Romana Brait,
Christian Bunke, Astrid Fadler, Christian Fischer,
Thomas Jarmer, Florian Kräftner, Maja Nizamov,
Wolfgang Panhölzl, Brigitte Pellar, Christian Resei,
Thomas Stollenwerk, Josef Thoman, Alexia Weiss

Herausgeber:

Bundesarbeitskammer, 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20–22, und Österreichischer Gewerkschaftsbund, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

Medieninhaber:

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-0 Dw., Fax: (01) 662 32 96-39793 Dw.
E-Mail: zeitschriften@oegbverlag.at
Internet: www.oegbverlag.at

Hersteller: Verlag des ÖGB GmbH

Verlagsort: Wien

Herstellungsort: Wien

Preise (inkl. MwSt.):

Einzelnummer: € 2,50;
Jahresabonnement Inland € 20,—;
Ausland zuzüglich € 12,— Porto;
für Lehrlinge, StudentInnen und PensionistInnen
ermäßigtes Jahresabonnement € 10,—
Bestellungen an den Verlag des ÖGB, 1020 Wien,
Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-0,
E-Mail: aboservice@oegbverlag.at

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25:

www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung
ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655
ISSN (Print) 0003-7656, ISSN (Online) 1605-6493,
ISSN (Blog) 2519-5492

Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft“ wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede AutorIn trägt die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller MitarbeiterInnen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung. Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe.

Eine Republik mit gleichen Rechten

Erstmals in Österreich erhielten 1918 ArbeitnehmerInnen gleiche Rechte in Politik und wirtschaftlicher Interessenvertretung.

Oktober 1918. Die Soldaten an der Front und die Menschen im „Hinterland“ hungerten und froren, sie hatten genug vom Krieg des Kaisers. Soldaten schlugen sich in die Wälder, um irgendwie durchzukommen. In den Städten und in der Kriegsindustrie demonstrierten und streikten die Menschen für Nahrung, Frieden und Demokratie, manche auch für eine gerechtere Gesellschaft. Auf dem Gebiet der österreichisch-ungarischen Monarchie bildeten sich neue Staaten und auch die deutschsprachigen Abgeordneten des 1911 gewählten Parlaments ergriffen die Initiative. Am 21. Oktober erklärten sie sich im Niederösterreichischen Landhaus in Wien (dem heutigen Palais Niederösterreich) zur „Provisorischen Nationalversammlung des selbständigen deutschösterreichischen Staates“. Am 30. Oktober wurde die neue, dem Parlament verantwortliche Organisation der staatlichen Verwaltung beschlossen. Unter den Abgeordneten befanden sich etliche Gewerkschafter, darunter der spätere AK-Präsident **Franz Domes** und **Ferdinand Hanusch**, der kurz darauf zum Staatssekretär für Soziales bestellt wurde.

Doch die kaiserliche Regierung weigerte sich selbst nach der militärischen Kapitulation am 3. November zurückzutreten, und Kaiser Karl ließ sich erst am 11. November dazu bewegen, auf die „Staatsgeschäfte in Österreich“ zu verzichten. Damit konnte am 12. November 1918 endlich der neue Staat proklamiert werden:

Deutschösterreich ist eine demokratische Republik. Alle öffentlichen Ge-

walten werden vom Volke eingesetzt. ... Die politischen Vorrechte sind aufgehoben.

Gleichzeitig wurde die demokratische Wahl einer „Konstituierenden Nationalversammlung“ für Anfang 1919 angekündigt:

Das gesamte Volk, Männer und Frauen, werde zur Wahl schreiten und sein äußeres Schicksal wie seine innere Ordnung allein, frei und unabhängig bestimmen ... Bürger, Bauer und Arbeiter haben sich zusammengetan, um das neue Deutschösterreich zu begründen.

Ein revolutionärer Akt, auch wenn man dem Kaiser nicht den Kopf abschlug. Was bisher undenkbar schien, wurde Wirklichkeit: gleiche Rechte für ArbeitnehmerInnen, Gewerkschaftsvertreter als gleichberechtigte „Sozialpartner“ beim Überleiten auf Friedenswirtschaft und bei der Organisation des Arbeitsmarkts im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Das alles wurde trotz katastrophaler sozialer Zustände erreicht – ein Lied nannte Wien eine „sterbende Märchenstadt“. Um das Überleben der jungen Republik zu sichern, forderte die Provisorische Nationalversammlung Solidarität ein:

Wer über Vorräte verfügt, öffne sie dem Bedürftigen! Der Erzeuger von Lebensmitteln führe sie denen zu, die hungern! Wer überschüssige Gewandung besitzt, helfe die frierenden Kinder bekleiden!



Republik Deutsch-Österreich
Deutsch-Österreich ist Republik.
Wählt Ihr dem Vaterlande Blut.
Gibt dem Land das Besteinstehen.
Gerecht, Gleichheit, Brüderlichkeit.
© 1918

Auf Postkarten wie dieser wurden die zwei zentralen Botschaften der Republik-Proklamation verbreitet: die Gleichheit aller BürgerInnen und der Appell zusammenzuhalten, um den demokratischen Staat trotz Hunger und Arbeitslosigkeit aufzubauen.

Die „Republik Österreich“, wie sie nach dem Friedensvertrag mit den Siegermächten des Ersten Weltkriegs ab 1919 hieß, schuf mit der Gleichberechtigung von ArbeitnehmerInneninteressen die Grundlage für Österreichs modernen demokratischen Sozialstaat. Sie scheiterte daran, dass das Ziel einer sozialen Demokratie von rechten Regierungskoalitionen systematisch bekämpft wurde.

Ausgewählt und kommentiert von
Brigitte Pellar

brigitte.pellar@aon.at

Das unmenschliche Gespenst

Standpunkt



Sonja Fercher

Chefin vom Dienst
Arbeit&Wirtschaft

Diesmal ist es anders, meinte der Schriftsteller Doron Rabinovic kürzlich in einer Rede bei der Donnerstagsdemonstration in Wien. Er bezog sich damit auf die Demos, die um die Jahrtausendwende zum ersten Mal stattfanden und von denen ein starkes Zeichen gegen die Koalition zwischen ÖVP und FPÖ ausging.

In der Tat ist es heute anders. Wie Rabinovic richtig anführt, war damals eine „Koalition mit den Rechtsextremen keine Normalität“. Die Koalitionäre mussten eine Präambel unterzeichnen, der damalige Bundespräsident machte klar, dass er mit Argusaugen über die Amtsgeschäfte der Regierung wachen würde. Und die Regierung stand unter europäischer Beobachtung.

Zügellos

Es ist besorgniserregend, wie zügellos der kleine Koalitionspartner dieses Mal sein darf. In Kabinetten finden sich Menschen, die keine klare Distanz zum rechten Rand erkennen lassen. So ist mit Alexander Höferl der frühere Chefredakteur eines Rechts-außen-Mediums Mitglied des Kabinetts von Innenminister Herbert Kickl. Kein Geringerer als der oberösterreichische Verfassungsschutz stellte fest, dass die Inhalte auf dieser Plattform „zum Teil äußerst fremdenfeindlich“ sind und man „antisemitische Tendenzen“ sowie „verschwörungstheoretische Ansätze“ er-

kennen kann. Auf Höferls Facebook-Profil fand „Der Standard“ Likes für die rechtsextreme „Identitäre Bewegung“ und stellte fest, dass der nunmehrige Mitarbeiter der Regierung „größtenteils Medien“ mit Likes versah, „die rassistische, verschwörungstheoretische oder antisemitische Inhalte aufwiesen“.

Zwar gab es durchaus Proteste gegen diese Personalie, ihre Folgen aber hielten sich in Grenzen: Kickls Pressesprecher wurde Höferl zwar nicht, aber er ist immerhin Fachreferent für „operative Kommunikation“ im Innenministerium. Schlimmer noch: Hetzerische Medien dürfen sich über einen staatlichen Geldregen in Form von Inseraten freuen. Sieht sich die Kanzlerpartei ÖVP dazu berufen, einzugreifen? Leider nicht. Und der Fall ist bedauerlicherweise nur eines von mehreren Beispielen; wer tiefer in diese Untiefen eintauchen will, kann dies beim Standard tun – durch Eingabe des Suchbegriffs „Einzelfall“.

Dazu kommt noch etwas anderes, was äußerst besorgniserregend ist: Die Politik und vor allem die Kommunikation der Regierung in den letzten Monaten richtete sich gegen sozial Schwache und MigrantInnen. InländerInnen gegen AusländerInnen ausspielen, die soziale Frage durch die nationale Frage ersetzen: diese Mechanismen sind aus der Geschichte nur allzu bekannt. Um an dieser Stelle mit Peter Turrini noch einen anderen Schriftsteller zu zitieren,

der sich kürzlich zu Wort gemeldet hat: „Ein Gespenst geht um in Europa, nichts Unmenschliches ist ihm fremd. Es scheint, als sei ein Wettrennen darüber ausgebrochen, wer der größere Feind des Nächsten ist, wer die Schwächeren am besten verhöhnen kann.“

Unwidersprochen

Dieser Analyse fügt Turrini die berechtigte Kritik hinzu: „Eine demokratische Regierung, in welcher Zusammensetzung auch immer, müsste diesem grassierenden Fremdenhass entgegentreten, doch das explizite Gegenteil geschieht. Beinahe täglich sind von der jetzigen Regierung Vorschläge zu hören, was man den Flüchtlingen noch alles wegnehmen und welche Unterstützungen man immer weiter kürzen könnte.“

Der Hetze gegen Schwache entgegenzutreten: Das ist allein schon ein Gebot der Menschlichkeit. Zudem lautet eine zentrale Lektion aus der Geschichte, dass über kurz oder lang alle Hemmschwellen fallen, wenn man nicht rechtzeitig etwas dagegen tut. Eine klare Distanz zum rechten und undemokratischen Rand: Das sollte sich eigentlich von selbst verstehen, wenn man sich die Verbrechen der Nazis und der Faschisten vor Augen hält. Traurig, dass eine solche Klarstellung im Jahr 2018 immer noch nötig ist. Noch trauriger, dass sie in Bezug auf eine Regierung erforderlich ist.

*In Favoriten nahm die
österreichische ArbeiterInnen-
bewegung ihren Ausgang.
Ihre Spuren findet man bis heute.
Sie legen davon Zeugnis ab,
wie viel Menschen erreichen
können, wenn sie sich
zusammenschließen, um für
ihre Rechte zu kämpfen.
Ein Spaziergang durch
Geschichte und Gegenwart.*

Text: Sonja Fercher | Fotos: Christian Fischer



Vorwärts

und nicht vergessen

Wer aus dem Süden in die Hauptstadt pendelt, kommt an ihnen vorbei. Tagein, tagaus stehen sie an Werktagen Gehsteig der Triester Straße und bieten ihre Arbeitskraft an. Sie kommen aus anderen Ländern und sind nach Österreich in der Hoffnung auf ein besseres Leben gewandert. Gelandet sind sie am sogenannten Arbeiterstrich, von wo aus sie wiederum auf Baustellen gekarrt werden, um dort ihre Arbeit zu verrichten.

Es ist fast wie ein Treppenwitz der Geschichte, dass diese modernen Tagelöhner ausgerechnet in dieser Gegend stehen, nicht unweit des Wienerbergs, wo sich schon im 19. Jahrhundert die damaligen ArbeiterInnen verdingten und vor allem ausgebeutet wurden – und wo zugleich die ArbeiterInnenbewegung ihre Ursprünge hat. Jene ArbeiterInnenbewegung, deren größte Errungenschaft der moderne Sozialstaat ist.

130 Jahre ist es her, dass der Arzt Victor Adler in der Zeitschrift „Gleichheit“ seine Reportage über die menschenunwürdigen Bedingungen der „Ziegelböhlen“ veröffentlichte, genauer gesagt am 1. Dezember 1888. Sein Bericht ist grundlegend für die Geschichte der ArbeiterInnenbewegung, denn damit wurde einer breiteren Öffentlichkeit bekannt, unter welchen harschen Bedingungen jene Menschen arbeiteten und lebten, welche die Rohstoffe für jene Häuser herstellten, in denen andere lebten. Und gebaut werden musste auch damals in großem Stil, denn es zog immer mehr Menschen in die Hauptstadt, sodass der Bedarf an Wohnungen massiv gewachsen war. Dies brachte vielen ArbeiterInnen Beschäftigung auf dem Wienerberg. Zugleich ließ es den Reichtum der Unternehmer wachsen, die man auch Ziegelbarone nannte. Die steigende Kluft zwischen den verarmten ArbeiterInnen und den Ziegelunternehmern: Sie sorgte für Unmut. Dabei hatten die Unternehmer anfangs sogar Wohnraum für ihre ArbeiterInnen geschaffen. Rund 100 ArbeiterInnenwohnhäuser ließen sie Mitte des 19. Jahrhunderts errichten.



Neben dem großen Zuzug nach Wien sorgte ein weiteres Ereignis dafür, dass sich die Wohnsituation massiv verschlechterte: Die Ziegelwerke gingen an die Börse. „Was Victor Adler vorfand, war unvorstellbares Massenelend. Kaputte, eingeschüchterte Menschen, die wie Sklaven behandelt wurden“, schreibt etwa Wolfgang Slapansky in dem neu erschienenen Buch „Reise in die Geschichte der ArbeiterInnenbewegung in Wien“. In den Unterkünften fand Adler menschenunwürdige Bedingungen vor: „In großen Schlafsälen waren bis zu 70 Personen zusammengepfercht: Männer, Frauen, Kinder ohne Privatsphäre und Intimität.“

Organisation trotz Repression

Schmutz, Gestank und Lärm begleiteten die Arbeit und die restliche Zeit. Adlers Schilderungen sorgten zwar für Empörung, doch statt sich an eine Verbesserung der Bedingungen zu machen, ging man gegen Adler und angebliche Rädelsführer vor. Einschüchtern aber ließen sich die ArbeiterInnen nicht mehr. Vielmehr begannen sie sich zu organisieren – obwohl

dies, wie Slapansky betont, „zumindest im Ziegelwerk“ verboten war. Im Jahr 1890 gründeten tschechische ArbeiterInnen in Inzersdorf einen Bildungsverein für ArbeiterInnen. Vertrauensleute formulierten Forderungen für bessere Arbeitsbedingungen.

Trauriges Symbol

Heute ist von all dem am Wienerberg nichts mehr zu spüren. Hochhäuser überragen das Gelände, auf dem inzwischen auch ein Naherholungsgebiet entstanden ist. Die Spuren der ArbeiterInnenbewegung lassen sich in Favoriten aber weiterhin finden. So steht das Gebäude des Arbeiterbetriebsrates nach wie vor, inzwischen wird es vom örtlichen Kleingartenverein genutzt. An den früheren Verwendungszweck erinnert eine Büste von Victor Adler an der Hausmauer. Auch das Gasthaus, in dem sich die ZiegelarbeiterInnen oft zu Versammlungen getroffen haben, gibt es noch – inzwischen ist es ein schickes Lokal. Einen traurigen Anblick gibt das Haus in der Favoritenstraße ab, das einst ein Vorzeigebau der Arbeiter-

erschaft war: das frühere Arbeiterheim Favoriten, auch Rotes Haus genannt. Man ist versucht zu sagen, dass dieses Haus geradezu symbolisch für die Geschichte der ArbeiterInnenbewegung steht. Denn das Jugendstilhaus wirkt heruntergekommen, lange Zeit war es ein Hotel, dann eine Flüchtlingsunterkunft, inzwischen steht es leer.

Der Gedanke liegt nahe, dass es so auch ein Symbol dafür ist, wie es um den mühsam errungenen Einfluss der ArbeitnehmerInnen heute steht. Einst jedenfalls war es ein Zentrum der ArbeiterInnen. Es war das erste Volksheim Wiens. Es gab darin nicht nur einen großen Versammlungsraum, in dem auch Victor Adler einst Reden schwang. Auch war es einst Unterkunft verschiedener Organisationen, es gab eine Bibliothek, eine Filiale der Konsumgenossenschaft und die Zahlstelle der Allgemeinen Arbeiterkrankenkasse war darin ebenso untergebracht. Über die Bedeutung des Hauses schreibt Slapansky: „Das Arbeiterheim Favoriten war ein deutliches Signal einer selbstbewussten Arbeiterschaft, die nun erstmals eine



Im Arbeiterheim Favoriten fand die junge ArbeiterInnenbewegung eine Heimstätte. ArbeiterInnen konnten sich dort nicht nur bilden, sondern auch günstig einkaufen oder aber ihre Freizeit verbringen. Ein Ort, an dem man sich austauschen und organisieren konnte, war ein großer Fortschritt. Heute sind die Bedingungen wieder schwieriger, was auch dem Wandel der Arbeitswelt geschuldet ist.

eigene Heimstätte hatte.“ Auch Unterhaltung wurde den ArbeiterInnen geboten, von Orchester über Theater bis hin zum Kino.

Dem Gedenken gewidmet

Szenenwechsel an einen anderen Ort der ArbeiterInnenbewegung, der anders als das Arbeiterheim heute noch glänzt: das Vorwärts-Haus an der Rechten Wienzeile. Jahrzehntlang hatte hier die Arbeiterzeitung ihren Sitz, es war somit auch der Arbeitsplatz von Victor Adler. Schon wenn man das Haus betritt, spürt man die Geschichte, was nicht nur an den historischen Plakaten liegt, die dort ausgestellt sind. Die Wände im Erdgeschoß sind mit Holz vertäfelt, im ersten Stock ist eine Bibliothek untergebracht, die Regale sind mit unzähligen historischen Ausgaben von Zeitungen befüllt. Inzwischen ist in den früheren Redaktionsräumlichkeiten der Verein für Geschichte der ArbeiterInnenbewegung (VGA) untergebracht. In einer hübschen alten Glasvitrine findet man Devotionalien, darunter auch eine Büste der historischen

Leitfigur Victor Adler. Michaela Maier ist Vorsitzende des Vereins, nicht ohne Stolz hält sie fest: „Er ist international die älteste Institution dieser Art.“

Wenn es also um die Frage geht, wie es um das Gedenken an die Errungenschaften der ArbeiterInnenbewegung steht, so ist sie jedenfalls eine perfekte Ansprechpartnerin. Denn wann hat es denn eigentlich begonnen, dass man sich auch in der etablierten Geschichtswissenschaft für die Geschichte der ArbeiterInnenbewegung zu interessieren begonnen hat? „Das ist in den späten 1960er- und 1970er-Jahren aufgekommen, dass man nicht mehr nur „Geschichte von oben“ erzählen wollte, sondern sich auch anschauen wollte, was unten passiert ist“, sagt Maier. Denn dass Geschichte nicht nur die Geschichte von Herrschenden und ihrer Kriege sein muss: Diese Einsicht hat sich auch in der Geschichtswissenschaft erst etablieren müssen. Dass sie sich durchgesetzt hat, davon kann freilich keine Rede sein. Das Interesse für die „Geschichte von unten“ komme und gehe in Wellen, so Maier. „Es war eine Zeit lang moderner,

um die Jahrtausendwende herum war es auf einmal überhaupt nicht mehr interessant.“ **Blinde Flecken:** Sie begleiten nicht nur die Wahrnehmung der Geschichte, sondern auch jene der tagesaktuellen Berichterstattung. So war ein Medium wie die Arbeiterzeitung für den Einfluss, den Gewerkschaften erreichen konnten, von essenzieller Bedeutung. Denn in Medien wie in dieser früheren Traditionszeitung wurden andere Themen aufgegriffen als in der bürgerlichen Presse – es gab Platz für andere Meinungen und Zugänge. Freilich blieb auch sie nicht von blinden Flecken verschont, genauso wenig wie die Geschichte der ArbeiterInnenbewegung selbst.

Vergessene AkteurInnen

Dafür kann man beispielsweise einen Blick zurück nach Favoriten werfen. Denn wer weiß schon, nach wem das Amalienbad – auch ein Vorzeigebau des Roten Wiens – benannt ist? Es ist aufschlussreich, sich auf Wikipedia auf die Suche nach der Namensgeberin zu bege-



In den Ziegelwerken am Wienerberg arbeiteten die berühmten „Ziegelböhmern“. Schon bei ihnen prangerte man ihre angeblich mangelnde Integrationswilligkeit an. Nicht nur in den Familiennamen vieler ÖsterreicherInnen sind sie weiterhin präsent, auch der Name des Böhmisches Praters erinnert daran. Im Bild zu sehen ist die Raupe, ein Gerät, auf dem man seit dem Jahr 1929 fahren kann.

ben. Denn erst nach Nennung unzähliger Männer, vom Baumeister bis zum Bürgermeister, der den Bau veranlasst hatte, wird man fündig: Es ist die 1924 verstorbene Amalie Pölzer, Arbeiterin, sozialdemokratische Abgeordnete aus Favoriten und Frauenrechtlerin.

Sich in die Geschichte einschreiben

Dass Frauen in der Geschichte zu kurz kommen, liege nicht nur daran, dass sie in der patriarchalen Gesellschaft nur selten in Machtpositionen zu finden waren, erläutert Maier. „Die damaligen Frauen waren sich ihrer eigenen Geschichte nicht so bewusst. Und sie haben nicht das Gefühl gehabt, dass sie sich so in die Geschichte einschreiben müssen oder gar verschriftlichen müssen.“ Die Folge: Es gibt wenig Material, das aus den Federn von Frauen selbst stammt. Doch es musste sich erst durchsetzen, dass auch Oral History, also Interviews mit ZeitzeugInnen, eine wertvolle, wissenschaftlich verwertbare Quelle sein kann. Lächelnd erzählt Maier von Friedrich Adler, Sohn von Victor Adler: „Der hat sogar die Entlehnzettel von den Büchern aufgehoben, die er gelesen hat, weil er gewusst hat, irgendwann wird jemand kommen und sich das ansehen.“

Keine Frage, die ArbeiterInnenbewegung hat viel weitergebracht, seitdem sich die ArbeiterInnen Ende des 19. Jahrhunderts zu organisieren begonnen haben. Blickt man zurück auf die Themen, um die sie gerungen haben, so wird deutlich: Diese sind nicht Teil von Geschichtsbüchern. Ob faire

Löhne, menschenwürdige Arbeitsbedingungen und Arbeitszeiten: Bis heute müssen Gewerkschaften und BetriebsrätInnen den Arbeitgebern dahingehend Fortschritte abringen. Bei so manchem Thema kämpft man inzwischen sogar gegen Rückschritte, etwa wenn man an das Arbeitszeitgesetz und die damit verbundene Arbeitszeitverlängerung denkt. Bis vor kurzem war im Haus Niederösterreich in der Wiener Herrngasse die Ausstellung über die „vergessene Revolution 1848“ vom VGA ausgerichtet. Unter anderem waren dort die verschiedenen Forderungen der ArbeiterInnenbewegung dargestellt. „Da wird dir manchmal schlecht, weil genau diese Forderungen, die streckenweise erfüllt worden sind, jetzt wieder untergraben oder rückgängig gemacht werden“, so Maier.

Die Anliegen der frühen ArbeiterInnenbewegung reichen weit über die reine Gestaltung der Arbeitsplätze hinaus. Leistbares Wohnen ist damit ebenso untrennbar verbunden wie leistbare Lebensmittel. Nicht umsonst zählen Wohnen und KonsumentInnenschutz bis heute zu zentralen Anliegen der ArbeitnehmerInnenvertretung.

Die Arbeitszeit, sprich jene Lebenszeit, die ArbeitnehmerInnen neben ihrer Arbeitskraft den Unternehmen gegen Bezahlung zur Verfügung stellen: Sie ist und bleibt ein heißes Thema. Spannend dabei ist, welches Bild der ArbeitnehmerInnen bei den Diskussionen darüber oftmals zu Tage tritt. Natürlich hat es sich gewandelt und doch sind Parallelen zu erkennen. So mach-

ten sich Arbeitgeber im 19. Jahrhundert „Sorgen“ darum, wie ihre ArbeiterInnen deren Freizeit verbrachten – und dass diese Vergnügungen nur ja nicht auf Kosten der Arbeit gehen. So verständlich dies ist, so absurd erscheint es, wenn man sich überlegt, wie spärlich die Freizeit bei einer 80- oder 66-Stunden-Woche ausfallen musste.

Vorurteile gegenüber ArbeiterInnen, sich in der Freizeit gehen zu lassen, dem Alkohol, dem Glücksspiel und sinnlosen Konsumgewohnheiten zuzusprechen: Sie sind tief in unserer Gesellschaft verankert, auch wenn sie heute in anderer Form daherkommen: die Familienbeihilfe, die angeblich nur in den Kauf eines neuen Handys fließt, statt den Kindern zugutezukommen; die Sozialleistungen, die ebenso falsch verwendet würden, ob von inländischen Arbeitslosen oder Flüchtlingen, weshalb man sie durch Sachleistungen ersetzen müsse; die ArbeitnehmerInnen, die sich nicht verantwortungsvoll verhalten würden, weshalb man ihnen Mitbestimmung nur unter großen Vorbehalten zugestehen dürfe. Dazu gesellt sich das Feindbild des „Funktionärs“ (in dem Fall männlich), dem nicht an den Interessen der Beschäftigten gelegen ist, die er zu vertreten hat, sondern nur an der eigenen Gage.

Widersprüche

Freilich ist das Bild nicht ohne Widersprüche, denn nur allzu gerne betonen VertreterInnen der aktuellen Regierungsparteien oder auch der Wirtschaft, wie wichtig ihnen das Bild der autonomen Arbeitneh-

„Vorwärts und nicht vergessen, worin unsere Stärke besteht. Beim Hungern und beim Essen: Die Solidarität“, dichtete Berthold Brecht in seinem berühmten Solidaritätslied. In der Tat haben die ArbeiterInnen viel erreicht, seitdem sie im 19. Jahrhundert begonnen haben, sich zu organisieren.



merInnen sei. Wie wichtig es sei, dass sie selbst entscheiden können, weshalb man sie auch von der Bevormundung von FunktionärInnen befreien müsse.

Für eine Institution, die sich bis heute versteckt am Wienerberg gehalten hat, waren Vorurteile wie diese ein Segen: der Böhmisches Prater, in dem sich einst die ZiegelerbeiterInnen in ihrer spärlichen Freizeit vergnügten. Seiner Lage vor den Toren von Wien verdankt er seinen Aufschwung: Im Jahr 1886 wurde in Wien ein Verbot öffentlicher Tanzveranstaltungen erlassen. Begründet wurde dies mit Ausschreitungen und Ausschweifungen bei sogenannten „Fünf-Kreuzer-Tanzunterhaltungen“.

In seinem Buch zitiert Slapansky aus dem damaligen Polizeierlass: „Nachdem sich nicht verkennen lässt, daß abgesehen von Ausschreitungen durch die häufige Abhaltung von Tanzunterhaltungen die unteren Classen der Arbeiter und Dienstleute von ihrer Beschäftigung abgezogen werden und dem Müßiggange und der Lüderlichkeit Vorschub geleistet wird, tritt die Pflicht an die Behörde heran, diesen Uebelständen wirksam abzuwehren.“ Ein Schelm, wer anmerkt, dass „Ausschweifungen“ offenbar nur bei Angehörigen der früher als „unten“ bezeichneten Gesellschaftsschichten vorgekommen sind.

Der Böhmisches Prater jedenfalls erlebte nach dem Verbot einen ungeahnten Aufschwung, befand er sich doch damals noch knapp vor den Toren Wiens. Freilich wurde hier nicht nur Vergnügungen nachgegangen, sondern auch eigene Erfolge gefeiert. Denn die

Anstrengungen der ZiegelerbeiterInnen, die letztlich bis zum Streik führten, bevor die Arbeitgeber Zugeständnisse gemacht haben, lohnten sich.

Slapansky zitiert aus einem Bericht der Arbeiterzeitung von einer Maifeier: „Am Laaerberg (...) ging's Nachmittags lustig zu. Feierten doch die Ziegelerbeiter nicht nur das Weltfest des Proletariats, sondern auch den Sieg, den sie ohne Streik, nur durch die Macht ihrer Organisation erreicht haben“. Und weiter: „Grund genug also für die Ziegelerbeiter, sich ihres Sieges zu freuen. Bedeutet doch für sie dieser Sieg nicht nur eine Besserung ihrer Lebenshaltung, eine Verkürzung ihrer Arbeitszeit und eine Erhöhung ihres Lohnes, sondern auch eine Anerkennung ihrer Organisation durch die Unternehmer.“

Grundstein für Fortschritte

In der Tat hatten die ArbeiterInnen einiges erreicht: Eine Lohnerhöhung, die Einhaltung des Elfstundentages sowie die Sonntagsruhe wurden ihnen garantiert. Auch war somit der Grundstein für die gewerkschaftliche Organisation gelegt, und zwar nicht nur für jene der ZiegelerbeiterInnen. Denn es hatte sich in der Tat gezeigt, wie sehr es sich lohnen kann, sich zusammenschließen, um für die eigenen Rechte einzutreten.

Wie viel die ArbeiterInnenbewegung erreicht hat: Dieses Bewusstsein fehlt heute allzu oft, wie auch Michaela Maier bemerkt. Dabei nimmt sie auch die heutigen VertreterInnen historischer ArbeiterInnen in die Pflicht: „Das ist ein

bisschen verloren gegangen, auch der Sozialdemokratie selbst, das muss man auch ehrlich sagen. Also diese Rückbesinnung oder das Stolzsein darauf, was man erkämpft hat.“

Es ist wohl eine Erklärung dafür, warum sich viele Menschen gar nicht bewusst sind, welche Errungenschaften dazu zählen, sind diese heute für viele geradezu selbstverständlich geworden. Es ist ein Umstand, den auch Michaela Maier bedauert. Denn gerade bei jungen Menschen trifft dies häufig zu: „Die haben ein Geschichtsbild, das davon ausgeht, dass alles Status quo ist, der irgendwann einfach in die Verfassung eingegangen ist.“ Sie nimmt allerdings eine positive Entwicklung wahr: Das Interesse an dieser Geschichte steigt bei den jungen Menschen.

In die Geschichte blicken, um Erkenntnisse für die Gegenwart zu finden: Das ist sicherlich eine komplexe Angelegenheit. Wenn man aber heute durch die Triesterstraße fährt und den heutigen Arbeiterstrich bewusst vor den historischen Hintergründen wahrnimmt, so ist eines völlig klar: So unterschiedlich die Zeiten sind, auf dem Weg zu fairer Arbeit gilt es, noch viele Herausforderungen zu bewältigen und Hürden zu überwinden. Damit eines Tages der Anspruch für alle Menschen Realität wird, ein gutes Leben führen zu können.

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
sonja.fercher@oegb.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Wiens roter Oktober

ArbeiterInnen kämpften 1848 bis zum Schluss für die demokratische Revolution, aber nur wenige Studenten und Akademiker.

Brigitte Pellar
Historikerin

Als die kaiserlichen Truppen im Oktober 1848 vor den Toren Wiens standen, bereit, die demokratische Revolution zu vernichten, gestattete man endlich auch den Arbeitern das Tragen von Waffen. Sie wurden in „Mobilgardecorps“ organisiert und ihre „Uniform“ bestand in irgendeinem roten Kennzeichen.

Später berichtete ein Augenzeuge: „Überhaupt konnte ich bemerken, dass jeder von den Mobilgen etwas Rotes zu tragen bereit war; der eine Feder, der andere eine Blume, der dritte ein Band.“ Rot war das politische Symbol der Oktoberkämpfer, und von ihnen übernahmen es zwanzig Jahre später die junge sozialdemokratische ArbeiterInnenbewegung und die ersten gewerkschaftlichen Fachvereine.

ArbeiterInnen ausgeblendet

Ein Aufstand des Bürgertums und besonders der Studenten gegen die Kaiserdiktatur – so lautet das gängige Bild von der Revolution des Jahres 1848. Die Rolle der ArbeiterInnen (ja, viele Frauen beteiligten sich aktiv) wird ausgeblendet. Höchstens als primitive „MaschinenstürmerInnen“ und mörderischer Pöbel, vielleicht noch als Hilfskräfte beim Barrikadenbau finden sie Erwähnung.

Besonders die Burschenschaften pflegten bis in das 21. Jahrhundert die Legende, die Studentenverbindungen von 1848 seien ihre direkten Vorläufer und hätten praktisch allein für das Recht

auf Meinungsfreiheit, Demokratie und Deutschtum gekämpft. Das reicht bis zur Namensgebung „Aula“ für eine vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes als rechtsextrem eingestufte und inzwischen eingestellte Zeitschrift aus ihrem Umfeld. Es handelt sich um eine Anspielung auf die Aula, also die Eingangshalle der alten Universität, 1848 Organisationszentrum der „Akademischen Legion“.

Mehr Dichtung als Wahrheit

Diese Legende besteht mehr aus Dichtung denn aus Wahrheit. Es stimmt, Burschenschaften zählten mit der Forderung nach einer demokratischen Verfassung, sozialen Verbesserungen und der Einigung Deutschlands zu den fortschrittlichen Kräften in den diktatorischen Monarchien auf dem Gebiet des früheren römisch-deutschen Kaiserreichs.

An dessen Stelle hatte sich ab 1815 ein lockerer Staatenzusammenschluss gebildet: der „Deutsche Bund“, in dem das „Kaisertum Österreich“ den Vorsitz führte. Im „Deutschen Bund“ waren die Burschenschaften viele Jahre verboten. Erst die Revolution von 1848 brachte ihnen die Chance, ihre Ideen offen zu verfolgen. Aber damit endet auch schon die Wahrheit und die Dichtung beginnt.

Die meisten Burschenschafter in der „Akademischen Legion“ verstanden „deutsch“ nicht rassistisch. Dr. Anton Füstler, der Kaplan der Legion, fasste ihre Grundhaltung mit den Worten zusammen: „Zuerst Freiheit, dann Nationalität.“ Viele Verbindungen hatten auch jüdische Mitglieder, erst im letzten

Drittel des 19. Jahrhunderts mutierten sie zu deutschnationalen, antisemitischen und elitären Organisationen. Die Burschenschaften von 1848 waren dagegen alles andere als elitär: Über ein Drittel der Studenten kam aus armen Familien, ihre Väter waren Handwerker und Gesellen, kleine Beamte, Bauern, Tagelöhner und Arbeiter. Die „radikalen“ Demokraten unter ihnen, vor allem Mediziner und Techniker, suchten von Anfang an den Kontakt zu den ArbeiterInnen, wohl weil ihnen bewusst war, dass sie sich auf das besitzende Bürgertum nicht verlassen konnten. Dieses wollte so rasch wie möglich wieder „Ruhe und Ordnung“, setzte seine Nationalgarde gegen streikende ArbeiterInnen ein und erkaufte sich dann mit dem Verzicht auf Demokratie von der kaiserlichen Regierung wirtschaftliche Handlungsfreiheit.

Dreifache Rettung

Die ArbeiterInnen dagegen retteten dreimal die Revolution. Zum ersten Mal im März, wenn auch nur indirekt: Der Feuerkranz um Wien, den sie mit herausgerissenen **Gaskandelabern** legten, beschleunigte die Entscheidung des kaiserlichen Hofes, die von BürgerInnen und Studenten geforderte Pressefreiheit zu gewähren und eine Verfassung zuzusagen. Im Mai griffen die ArbeiterInnen zweimal direkt ein: Sie verhinderten damit erstens die von der Regierung geplante Auflösung der „Akademischen Legion“, zweitens einen Rückzieher bei der Zusage demokratischer Wahlen in die verfassunggebende Versammlung. Sie

und nicht die Studenten bauten die Barrikaden, die dem alten Regime Widerstandsbereitschaft signalisierten. Aber sie wurden betrogen. Die Arbeiter (von Frauenwahlrecht war noch lange keine Rede) erhielten zwar das Recht, ihre Stimme abzugeben. Aber sie durften keine eigenen Kandidaten nominieren. Zudem wurde die Wahl so organisiert, dass sie praktisch keine Chance hatten, ihre Stimme abzugeben.

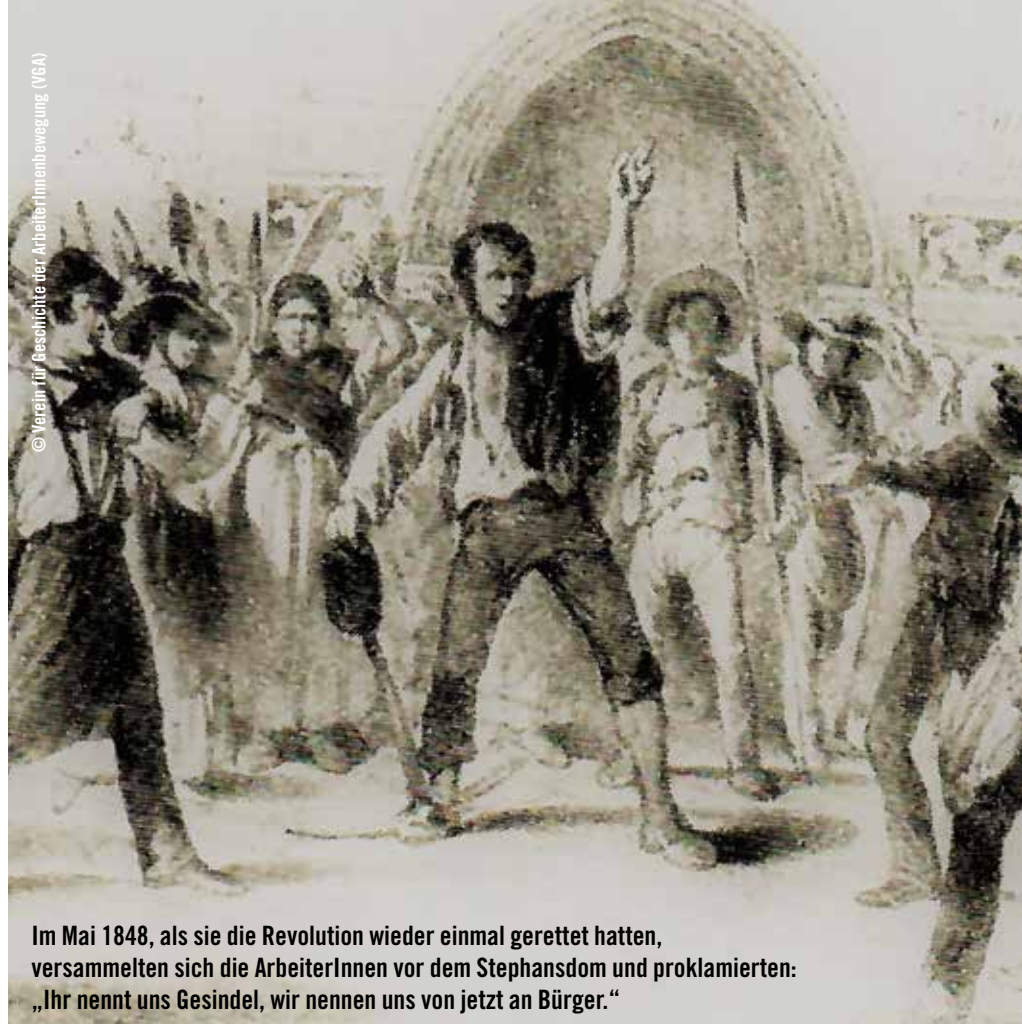
Die ArbeiterInnen des Revolutionsjahres werden oft als wilder Haufen dargestellt, noch unfähig, sich zu organisieren. Das Urteil von Karl Marx nach seinem Wienbesuch im August und September 1848, das Proletariat sei hier noch nicht reif für die Revolution, trug sicher zu diesem Image bei. Es stimmt, dass die Mitglieder des revolutionären „Ersten allgemeinen Arbeitervereins“ mit dem Vortrag von Marx über „Lohnarbeit und Kapital“ wenig anfangen konnten. Aber sie konnten sich sehr wohl organisieren. Selbst die „MaschinenstürmerInnen“ der ersten Revolutionsphase wählten Sprecher, die sie gegenüber Fabrikherren und BürgermeisterInnen vertraten, und viele Berufsgruppen schlossen sich zusammen, um ihre soziale Lage zu verbessern.

10-Stunden-Tag

Die tausend Maschinenarbeiter der Wien-Gloggnitz-Eisenbahngesellschaft, die „Kerntruppe der Demokratie“ in den Mai- und Oktoberkämpfen, erreichten vor den ArbeiterInnen vieler anderer Branchen den Zehnstundentag.

Die Maurer setzten neben einer Lohnerhöhung auch die Verwaltung ihrer Bruderrade ohne Einmischung der Unternehmer durch. Die Buchdrucker erreichten schon einen Kollektivvertrag für das ganze Kaiserreich und die Lehrlinge das Erlassen der Schulgebühren. Das sind nur wenige Beispiele von vielen Erfolgen durch solidarischen Zusammenschluss. Im Jahr 1848 beginnt die Geschichte der modernen österreichischen Gewerkschaftsbewegung.

Als immer mehr BürgerInnen der Revolution den Rücken kehrten, das kaiserliche Regime beschloss, das demokratische Experiment mit Gewalt zu beenden und der Wiener Gemeinderat die VerteidigerInnen im Stich ließ, war das



Im Mai 1848, als sie die Revolution wieder einmal gerettet hatten, versammelten sich die ArbeiterInnen vor dem Stephansdom und proklamierten: „Ihr nennt uns Gesindel, wir nennen uns von jetzt an Bürger.“

Ende abzusehen. Die Reihen der VerteidigerInnen hatten sich außerdem stark gelichtet: In der Nationalgarde waren nur mehr die ärmeren Bürger verblieben, die „Akademische Legion“, die im Frühjahr noch 6.000 Mann zählte, war auf 900 Mann geschrumpft.

Die Hauptlast des blutigen Abwehrkampfes lag auf den ArbeiterInnen, die auch durch übergelaufene kaiserliche Soldaten unterstützt wurden. Ein Augenzeuge erinnerte sich an einen Arbeiter, der nach der Niederlage „blass und verwundet die Alserstraße herabkam“ und murmelte: „Es ist alles umsonst, wir sind wieder verraten und verkauft.“

Einschüchterungsterror

Die Rache der Sieger war grausam, doch der Einschüchterungsterror funktionierte nicht vollständig. Während der folgenden Jahre kam es immer wieder zu – wieder verbotenen – Streiks für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen. Das ebenfalls verbotene Gedenken an die Opfer der Revolution lebte trotz Strafdrohung im Untergrund weiter. Es wurde später nur mehr von der jungen ArbeiterInnenbewegung hochgehalten, sie machte die

Märzfeiern zu ihrem größten Feiertag. **Adelheid Popp**, die Pionierin der politischen und gewerkschaftlichen Organisation der ArbeiterInnen, beschrieb, wie viele Gefühle und Hoffnungen bei diesen Feiern mitschwangen: „Auch wenn es vorkam, wie beispielweise 1893, dass man auf dem weiten Weg über die Simmeringer Hauptstraße Schneemassen und Eisschollen zu überwinden hatte und wenn der Wind eisig tobte, man ließ sich nicht zurückhalten, bei dem Märzgefallenen-Obelisk zu erscheinen und mit zu geloben, die Ideale, für welche die unter dem Obelisk Begrabenen ihr Leben gelassen, weiter zu pflegen und in Ehren zu halten.“

Nicht umsonst berief sich die provisorische Nationalversammlung 1918 auf diese Ideale: politische und soziale Gleichberechtigung aller BürgerInnen.

Literaturtipp:

Wolfgang Häusler

„Von der Massenarmut zur Arbeiterbewegung“

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin

brigitte.pellar@aon.at

oder die Redaktion

aw@oegb.at

100 Jahre Achtstundentag

Außer durch Faschismus und Krieg stand bis 2018 der Achtstundentag mit zehn Stunden Höchst Arbeitszeit nie infrage.

Brigitte Pellar
Historikerin

Es ist bald genau 100 Jahre her, dass sich Gewerkschaften über einen bahnbrechenden Erfolg freuen konnten. Am 19. Dezember 1918 beschloss die provisorische Nationalversammlung der Republik Deutsch-Österreich das Gesetz „über die Einführung des achtstündigen Arbeitstages in fabrikmäßig betriebenen Gewerbeunternehmungen“. Ein enormer Fortschritt, wenn auch nur für die IndustriearbeiterInnen, für die seit 1885 der Elfstundentag die Regel war. Für die Mehrheit der ArbeitnehmerInnen galt noch immer die 6-Tage-Woche mit höchstens durch Kollektivverträge begrenzter Tagesarbeitszeit. Der erste gesetzliche Normalarbeitstag von acht Stunden mit kürzeren Arbeitszeiten für Frauen und Jugendliche war ein eindeutiges sozialpolitisches Signal.

Kompromiss

Das Gesetz war ein Kompromiss, ausgehandelt im „Industriekomitee“, dem Gremium, in dem Vertreter des „Hauptverbands der Industrie“, der „Reichskommission der Freien Gewerkschaften“ und der Staatsregierung das Krisenmanagement in der Übergangsphase von der Monarchie zur Republik koordinierten.

Angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Übergangsparlament konnte vorerst nicht mehr erreicht werden – selbst die kürzere Arbeitswoche für Frauen und Jugendliche war nur nach sehr zähen Verhandlungen durchzusetzen. Die

von der provisorischen Nationalversammlung beschlossenen Gesetze waren so provisorisch wie sie selbst. Es sollte der am 16. Februar 1919 gewählten konstituierenden Nationalversammlung, der ersten wirklich demokratisch von Männern und Frauen gewählten Volksvertretung Österreichs, vorbehalten bleiben, unbefristet geltendes Recht zu schaffen.

Die WählerInnen machten die sozialdemokratische Vereinigung mit ihrem starken Gewerkschaftsflügel zur stärksten Einzelfraktion, aber Christlichsoziale und Großdeutsche, bei denen die Interessen der Arbeitgeberseite dominierten, behielten zusammen die Mehrheit.

Bessere Chancen

Als die Republik nach dem **Friedensvertrag von St. Germain** ab September 1919 nur mehr „Österreich“ hieß und die Sieger des Ersten Weltkriegs einen Anschluss an die deutsche Republik verboten hatten, verließen die Großdeutschen die Koalition. Gleichzeitig erhielt der kleine ArbeitnehmerInnenflügel in der christlichsozialen Fraktion für kurze Zeit mehr Gewicht.

Außerdem wurde Österreich nach dem Friedensvertrag Mitglied der ILO, der Internationalen Arbeitsorganisation. Die ILO-Konferenz von Washington beschloss im November 1919 ein Übereinkommen „über die Begrenzung der Arbeitszeit auf acht Stunden täglich und achtundvierzig Stunden wöchentlich“. Unter diesen Bedingungen stiegen die Chancen, ein neues Gesetz zur Arbeitszeitverkürzung zu beschließen, wenn auch der Verabschiedung durch die Na-

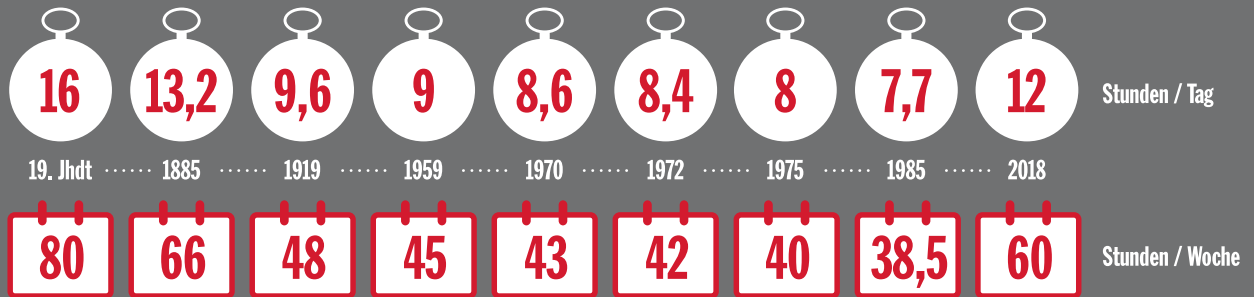
tionalversammlung heftige Auseinandersetzungen vorangingen. Die Kritik kam vor allem von der großdeutschen Opposition und hier besonders von den Industriellen, die mittlerweile jeden sozialpartnerschaftlichen Interessenausgleich ablehnten. Industriellenchef Viktor Wutte hielt statt einer Arbeitszeitverkürzung eine Arbeitszeitverlängerung für angemessen. Die ArbeiterInnen würden ohnehin zu viel feiern, meinte er. Die neuen Staatsfeiertage, der Republiktag am 12. November und der 1. Mai, seien höchst überflüssig.

Wuttes Fraktionskollege Leopold Stocker forderte sogar die Einführung von Zwangsarbeit in Krisenzeiten. Trotz dieser und anderer Widerstände beschloss die konstituierende Nationalversammlung am 17. Dezember 1919 das Gesetz, das den Achtstundentag und den freien Samstagnachmittag für Frauen und Jugendliche in (fast) allen Wirtschaftszweigen und Betriebsformen außerhalb der Landwirtschaft ab Juli 1920 einführte.

Riegel vorgeschoben

Als Kaufpreis für die weitreichende Arbeitszeitverkürzung mussten zahlreiche Ausnahmebestimmungen im Gesetz selbst und durch Sonderverordnungen zugestanden werden. Allerdings schob die Bestimmung, dass die Ausnahmeverordnungen in einer paritätischen Kommission von Gewerkschafts- und Arbeitgebervertretern verhandelt werden mussten, einem kompletten Unterlaufen des Achtstundentagsgesetzes einen Riegel vor. In der Praxis kaum wirksam wurde

Entwicklung der Arbeitszeit



© Quellen: Der Standard, APA, Profil 28/04

aber die 44-Stunden-Woche für Frauen und Jugendliche und es dauerte etliche Jahre, bis die vor dem Inkrafttreten des Gesetzes abgeschlossenen Kollektivverträge durch bessere, dem neuen Standard entsprechende ersetzt werden konnten. Bis zum Ende der demokratischen Republik vereinbarten die meisten Verträge die 46-Stunden-Woche und damit auch für erwachsene Arbeitnehmer einen früheren Arbeitsschluss am Samstag.

Meilenstein

Trotz etlicher Mängel kann das Arbeitszeitgesetz vom Dezember 1919 als Meilenstein der Sozialgesetzgebung angesehen werden – und die ZeitgenossInnen empfanden das auch so. Denn ab 1890 hatte die ArbeiterInnenbewegung „acht Stunden Arbeit, acht Stunden Schlaf, acht Stunden freie Zeit“ gefordert.

Nur selten war es den Gewerkschaften gelungen, in Kollektivverträgen eine kürzere Arbeitszeit oder gar den Achtstundentag durchzusetzen. Vor diesem Hintergrund waren die Arbeitszeitgesetze der Republikgründungsjahre ein sozial- und demokratiepolitischer Durchbruch.

So beurteilte sie 1932 im Rückblick auch Richard Robert Wagner, der Organisator der Wiener Gewerkschaftsschule: „Das Achtstundentagsgesetz, Einschränkung der Arbeit von Frauen und Jugendlichen auf 44 Stunden in der Woche, Einschränkung und Verbot für Nachtarbeit, dann das Arbeiterurlausgesetz, Kulturgesetze ersten Ranges, schufen der Arbeiterschaft erst die nötige Freizeit und die Ausgeruhtheit, um die vielen Aufgaben demokratischer Selbst-

verwaltung in der Republik auf sich nehmen zu können ...“ Als Wagner diese Zeilen schrieb, stand Österreich auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise, die Arbeitslosigkeit war schon mehrere Jahre extrem hoch. Vor allem auch als Maßnahme im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit forderte der Kongress der Freien Gewerkschaften 1931 die 40-Stunden-Woche – ein Ziel, das erst nach Jahrzehnten erreicht werden konnte.

Der „Zeitgeist“ wies in die Gegenrichtung. Das austrofaschistische Regime, das 1933 die demokratische Republik zerstörte, schaffte zwar den Achtstundentag formal nicht ab. Aber er stand nur mehr auf dem Papier, unter anderem weil die Unternehmensleitungen jetzt unbegrenzt Überstunden anordnen konnten.

Täuschung

Die nationalsozialistische Arbeitszeitverordnung von 1938 bestätigte den Achtstundentag und die zehnstündige Höchstarbeitszeit und verbesserte sogar den Schutz für Jugendliche und Frauen.

Der Faschismus „gab sich in markt-schreierischer Weise als (...) Sozialstaat, um darüber hinwegzutäuschen, dass er aufgehört hatte, Rechtsstaat zu sein“, wie Bundespräsident **Karl Renner** dreißig Jahre nach der Republikgründung anmerkte. Während des Zweiten Weltkriegs wurde aber der Elfstundentag wieder die Regel und so blieb es vorerst auch noch zu Beginn der Zweiten Republik ab 1945. Die Gewerkschaften im neuen Österreichischen Gewerkschaftsbund kämpften am Verhandlungstisch

und wenn das nicht ausreichte auch mit Streiks darum, an die fortschrittlichen Arbeitszeitstandards von 1918 und 1919 anzuknüpfen.

Bis 1950 wurde der Achtstundentag durch Kollektivverträge flächendeckend wieder eingeführt und es galt in der Regel die 48-Stunden-Woche; einige Berufsgruppen erreichten aber schon mehr. 1948, im Jahr des ersten ÖGB-Kongresses, setzten die SchuhmacherInnen mit dem größten Streik der Nachkriegszeit etwa die 44-Stunden-Woche durch, während der 1959 zwischen ÖGB und Wirtschaftskammer abgeschlossene Generalkollektivvertrag flächendeckend nur die 45-Stunden-Woche vorsah.

Von 38 auf 60 Stunden

Ein neuer Generalkollektivvertrag und dann das lange geforderte Arbeitszeitgesetz legten 1969 den Stufenplan zur Einführung der 40-Stunden-Woche fest, die 1975 für die überwiegende Mehrheit der ArbeitnehmerInnen Wirklichkeit wurde.

Angesichts enormer Produktivitätssteigerungen setzte die Gewerkschaftsbewegung auch im folgenden Jahrzehnt auf Arbeitszeitverkürzung und 1985 wurde in einem ersten Kollektivvertrag die 38-Stunden-Woche vereinbart.

Weitere Informationen:
www.neinzum12stundentag.at/auswirkungen
Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
brigitte.pellar@aon.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Die 70er waren eine sehr, sehr spannende Zeit

*Ferdinand Lacina, von 1986 bis 1995
Finanzminister, blickt zurück auf
ereignisreiche Jahrzehnte und sieht
die Zukunft alles andere als rosig.*

Interview: Astrid Fadler | Fotos: Christian Fischer

Ferdinand Lacina wurde 1973 Leiter der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung der AK Wien und 1980 Kabinettschef von Bruno Kreisky. Von 1982 bis 1984 war er als Staatssekretär im Bundeskanzleramt u. a. für Wirtschaftsfragen zuständig. Als Minister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr (1984–86) beschäftigte ihn auch die Krise der verstaatlichten Unternehmen. 1986 wurde Lacina Finanzminister unter Vranitzky, nach seinem Rücktritt 1995 war er bis 1997 Generaldirektor der GiroCredit Bank AG der Sparkassen.

Arbeit&Wirtschaft: Wie weit hat Sie das diesjährige Gedenkjahr beschäftigt bzw. betroffen?

Ferdinand Lacina: Wichtig war für mich erstens 100 Jahre Gründung der österreichischen Republik am 12. November. Zweitens das Jahr 1968 in der Tschechoslowakei, ein beeindruckender Versuch, einen Kommunismus mit menschlichem Antlitz zu schaffen – der dann ja unter den Panzern zermalmt wurde. Ich habe damals eine Reportage für die A&W über die Veränderungen in der Stahlindustrie gemacht.

Da war ich unter anderem in Košice, in der Slowakei und in den Stahlwerken in Mährisch-Ostrau. Die Eindrücke waren sehr unterschiedlich: In der Slowakei war alles sehr offen, in Mähren dagegen sehr stalinistisch geprägt. Dort hatten die alten Funktionäre auch zur Zeit Dubčeks noch sehr viel Macht.

In den Werken in Mährisch-Ostrau war neben jedem Arbeitsplatz eine Messlatte angebracht, wo für alle sichtbar die Produktivität und die Fehlzeiten jedes Arbeiters aufgelistet waren. Der dortige Belegschaftsvertreter hat mir erklärt, das diene dazu, den „sozialistischen Wettbewerb“ voranzutreiben. Die leistungsfähigsten Arbeiter bekamen dann Prämien, durften auf Urlaub fahren etc.

Wie haben Sie 1968 in Wien erlebt?

Das waren im Prinzip Ausläufer von dem, was in Deutschland oder Frankreich passierte. Man hat versucht, das hier nachzumachen. Das grenzte manchmal schon ans Absurde, etwa wenn vor dem Büro der Programmzeitschrift HörZu, dem einzigen hier ansässigen Medium der reaktionären Springer-Presse, demonstriert wurde. Ich habe damals zwar auch an der Demonstration teilgenommen, aber es war doch schwer zu vermitteln, denn die Fernseh-Illustrierte hatte nichts mit Politik zu tun.

Immerhin sind in Wien alle möglichen neuen Organisationen und Gruppen entstanden. Die meisten wurden von Frauen und Männern gegründet, die aus einem kommunistischen Elternhaus stammten. Im VSStÖ, der immer eher zum rechten Flügel der Partei gehört hatte, gewannen die „Linken“, zu denen auch ich gehörte, die Mehrheit.

Wie viele Menschen waren damals bei diesen Demos?

Ein paar hundert vielleicht, das waren keine Massendemos. Aber es hat sich danach doch einiges verändert, auch an den Universitäten. Fast bedeutender war eigentlich 1965 mit der Borodajkewycz-Affäre, die Heinz Fischer und ich ausgelöst hatten. Ich hatte noch während meiner Studienzeit die antiseimitischen Aussagen bei den Vorlesungen mitgeschrieben. Was außerdem erwähnenswert ist: 1968 haben sich nicht nur linke Studenten, sondern auch die bürgerlichen radikalisiert.

1968 hat ja die ÖVP allein regiert ...

Bruno Kreisky hat mit einem großen Team – er sprach immer von 1.400 Experten, ich habe nie nachgezählt – einen Gegenentwurf versucht. Ich war damals in der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung der AK. Es wurden Reformprogramme ausgearbeitet, unter anderem in den Bereichen Justiz, Soziales, Bildung und Wirtschaft, die dann unter dem Motto „Leistung, Aufstieg, Sicherheit“ präsentiert wurden. Es war das erste Mal, dass die SPÖ ein komplettes Wirtschaftsprogramm, nicht nur für die Verstaatlichte und die Infrastruktur, präsentierte. Die ÖVP hat die SPÖ ja nach wie vor als Schreckgespenst dargestellt, mittels der legendären roten Katze, die sich leise ins Haus schleicht und so unauffällig den Kommunismus mit sich bringt.

Was waren danach die wichtigsten Veränderungen?

Das Wirtschaftskonzept der ÖVP stammte von Stephan Koren, der 1968 Finanzminister wurde. Dieser Koren-Plan ist insofern erwähnenswert, weil es für die ÖVP eigenartig war, ihr Konzept einen „Plan“ zu nennen. Das klang ja geradezu nach der von ihr kritisierten Planwirtschaft. Koren versuchte damit, zur Modernisierung und Restrukturierung der österreichischen Wirtschaft beizutragen. Man wollte auch den Proporz abschaffen, daher waren etwa in dem neu gegründeten Entwicklungs- und Erneuerungsfonds nur Vertreter der Kammern, aber keine Parteienvertreter. Damals wurde also trotz ÖVP-Mehrheit versucht, den Dialog aufrechtzuerhalten, während heute die Arbeiterkammer fast überall hin-

ausgedrängt wird. Ab 1970 mit der Regierung Kreisky wurde versucht, die günstige Konjunktur für Reformen und sozialpolitische Maßnahmen zu nutzen: Steuerreformen, Familienrechtsreform, Mutter-Kind-Pass usw. Nicht immer waren alle einverstanden – im Zuge der Diskussion um die Straffreiheit des Schwangerschaftsabbruchs in der Strafrechtsreform gab es viele Demonstrationen.

Die 70er waren eine sehr, sehr spannende Zeit. Kreiskys Ziel war die Durchflutung der Gesellschaft mit Demokratie. Später, besonders ab den 1990er-Jahren entstand international die Tendenz, die Gesellschaft mit dem Wirtschaftlichkeitsprinzip, mit Kommerz zu durchfluten.

Und die 1980er-Jahre, wo Ihre politische Karriere begann?

Der Strukturwandel und die Energiekrise brachten Ende der 1970er-Jahre wesentliche Veränderungen in vielen Bereichen. Die Auswirkungen waren in Österreich durch die Sozialpartnerschaft und die paritätische Kommission nicht so gravierend, doch auch die verstaatlichte Grundstoffindustrie kam unter hohen Anpassungsdruck. Das war für die Sozialdemokratie, die stark mit der Verstaatlichten identifiziert wurde, eine große Herausforderung. Die Arbeitslosigkeit nahm zu.

Damals fiel auch das berühmte Kreisky-Zitat, dass ihm ein paar Milliarden Schulden weniger schlaflose Nächte bereiten würden als ein paar hunderttausend Arbeitslose.

Ich wurde 1980 Kabinettschef von Bruno Kreisky und 1982 Staatssekretär. Um Arbeitsplätze zu erhalten, gab es mitunter konkrete Eingriffe – zum Teil gemeinsam mit dem Land Steiermark –, um Betriebe zu retten. Heute klingt das absurd, als Staat Unternehmen aufzukaufen, um diese und damit Arbeitsplätze zu retten. Überhaupt wäre das heute schwieriger, denn in den letzten Jahren ist in der EU etwas passiert, was eigentlich so nicht absehbar war.

Früher war die EU mehr oder weniger neutral gegenüber dem Eigentümer, in den letzten Jahren wurde es immer öfter als verbotener staatlicher Eingriff angesehen, wenn der Staat sich an einem Unternehmen beteiligt oder dessen Kapital erhöht.

Wir wollten Zustände wie in der Wallonie, in England oder den Rust Belts der USA mit hoher Arbeitslosigkeit vermeiden. Natürlich konnte man nicht alles retten, aber mehr als man früher für möglich gehalten hätte.



Die Entwicklung ging ja dann in die andere Richtung, nämlich Richtung Privatisierung ...

Ja, die Sache mit Intertrading, wo mit öffentlichen Mitteln spekuliert worden war, hat dann den entscheidenden Anstoß geliefert. Andererseits, die Verstaatlichung hatte seinerzeit ja zwei Ziele, nämlich die wichtigen Industrien dem Zugriff der Besatzungsmächte zu entziehen, insbesondere der sowjetischen, was im Übrigen ohnehin nicht gelungen ist. Der zweite Grund war, die Kommandohöhen der Wirtschaft zu neutralisieren. Spätestens in den 1980er-Jahren war beides nicht mehr aktuell. Die Verstaatlichung hat nicht mehr die Kommandohöhen der Industrie repräsentiert.

Was waren die wichtigsten Ereignisse während Ihrer Ministerzeit?

Als Verkehrs- und Verstaatlichtenminister: Wir haben mit regionalen Initiativen in den Industriegebieten versucht, den Strukturwandel der Wirtschaft möglichst glatt über die Bühne zu bringen. Wir wollten Zustände wie in der Wallonie, in England oder den Rust Belts der USA mit hoher Arbeitslosigkeit vermeiden. Natürlich konnte man nicht alles retten, aber mehr als man früher für möglich gehalten hätte. Die Obersteiermark etwa ist heute alles andere als ein Krisengebiet.

Wie ist das gelungen?

Durch verschiedenste Maßnahmen, zum Teil mit Forschungs- oder Investitionsförderungen, zum Teil hat man Partner hereingeholt. In der Nähe von Leoben und Graz sind Elektronikfabriken ent-

standen, für die das Know-how ausländischer Partner transferiert wurde.

Sie haben ja einige Reformen durchgeführt und sind deswegen 1992 als weltweit bester Finanzminister ausgezeichnet worden.

Wir haben im Wesentlichen zwei Dinge gemacht: eine durchgreifende Steuerreform, durch die das Steuersystem, vor allem die Einkommensteuer, wesentlich vereinfacht wurde. Die Negativsteuer wurde eingeführt, sodass auch jene, die so wenig verdienen, dass sie keine Lohnsteuer zahlen müssen, von der Reform profitieren konnten.

Wir haben die Lohnsteuerkarten und die Kfz-Steuermarken abgeschafft. Nicht zu vergessen die Unternehmenssteuerreform mit einer massiven Investitionsförderung, die unter Grasser abgeschafft wurde. Danach ist die Investitionskurve deutlich nach unten gegangen. Die Unternehmen sind dann stärker in die Finanzanlagen gegangen, von denen man damals mehr profitieren konnte als von produktiven Investitionen.

Das war ja einer der Gründe für die später überbordende Bedeutung der Finanzwirtschaft, die letztlich in die Krise geführt hat. Diese Vernachlässigung der Realwirtschaft wirkt bis heute nach.

Was hat Sie in dieser Zeit persönlich am meisten bewegt?

Erstens die Ostöffnung, wo wir versucht haben, österreichische Unternehmen zu unterstützen, damit sie sich dort niederlassen können. Und zweitens die Vorbereitungen zum EU-Beitritt, wo vieles erst

möglich war durch die Veränderungen in der Sowjetunion unter Gorbatschow. Wir waren damals mit Bundeskanzler Vranitzky in Moskau und fanden ein ganz anderes Gesprächsklima vor als früher mit Andropov. Gorbatschow war sehr interessiert und hat viele Fragen gestellt, das war nicht nur ein Austausch von Phrasen. Und es war klar, dass die Sowjetunion gegen die Integration Österreichs in die Europäische Gemeinschaft keinen Widerstand leisten würde.

Ich nehme an, der Rücktritt als Finanzminister war ebenfalls ein denkwürdiges Ereignis?

1982 war Staatssekretär Nussbaumer im Amt verstorben und da Wahlen bevorstanden, hat Bruno Kreisky mich gefragt. Ich war ja seit 1980 sein Kabinettschef. Eigentlich habe ich damals mit ein paar Monaten in der Politik gerechnet, tatsächlich bin ich sowieso der Meinung, dass jeder vor und nach einem politischen Amt auch etwas anderes machen sollte. Und ich habe immer vorgehabt, den Zeitpunkt meines Ausscheidens selbst zu bestimmen.

Das Bad in der Menge habe ich nie gebraucht und mir war klar, dass man die Wertschätzung des politischen Amtes mit persönlicher nicht verwechseln darf. So war mein Rücktritt keine große Geschichte. Wenn man längere Zeit in einem Amt ist und besonders als Finanzminister, dann muss man oft Nein sagen. Am Anfang wird das noch als Teil der Rolle akzeptiert, später nehmen das viele persönlich. Auch die Gewerkschaft war manchmal nicht zufrieden mit mir,

insbesondere als der BAWAG riskante Geschäfte untersagt wurden.

Das ist wahrscheinlich sehr häufig so, dass die Menschen mit dem Finanzminister nicht sehr zufrieden sind, oder?

Vielleicht sind die Österreicher masochistisch – man ist eigentlich gar nicht so unbeliebt als Finanzminister. Ja, die ÖVP hat sich beschwert, dass ich mich in alles einmische. Natürlich muss man sich als Finanzminister in alles Mögliche einmischen und trifft auf Widerstand. So hat zum Beispiel Innenminister Blecha vor den Budgetverhandlungen in den Medien angeprangert, dass die Polizeihunde hungern müssten. Verteidigungsminister Lichal ist einmal mit 30 Offizieren bei mir aufmarschiert und hat sechs Milliarden Schilling mehr Budget für das Bundesheer verlangt – wobei das Bundesheer damals vergleichsweise mehr bekommen hat als heute.

Ein weiteres bedeutsames Jahr war 2008.

Europa hat auf die Krise zu spät und zu zögerlich reagiert. Im Fall Griechenland ist die europäische Solidarität verletzt worden. An der griechischen Krise haben letztendlich viele verdient: Banken, AnlegerInnen und Staatshaushalte der Euro-Länder. Griechenland ist in der Zwischenzeit verelendet. Heute ist Italien zwar hoch, aber vor allem im Inland verschuldet. Trotzdem möchte ich mir die wirtschaftlichen und politischen Folgen einer akuten Krise dieses Landes nicht ausmalen. Die alarmierendste Folge der Krise ist der Trend zu rechtspopulistischen Antworten auf Probleme – das reicht vom Brexit über Trump bis nach Italien. Und bei uns unterscheidet sich der Wahlverein Kurz, die ÖVP, kaum mehr von der FPÖ. Man muss schon einen guten Magen haben, um optimistisch zu sein.

Welche Lehren lassen sich aus der Krise ziehen?

Ideen zur Einschränkung der Finanzwirtschaft gibt es viele und bereits länger, etwa die Finanztransaktionssteuer oder auch die Aufteilung der Banken in jene, die Spareinlagen annehmen und Kredite vergeben und jene, die riskante Finanzgeschäfte tätigen. Für die Harmonisierung von Körperschaftsteuern in der EU sehe

Ich selbst habe da auch einiges gelernt. Ich habe zum Beispiel damals der Elektrizitätswirtschaft wirklich geglaubt, dass es ohne Hainburg nicht geht und davor hieß es, ohne Zwentendorf geht's nicht. Und siehe da, es geht doch.



ich keine Chance, weil das einstimmig beschlossen werden müsste. Im Gegenteil, so sagt ja beispielsweise der irische Finanzminister, die 13 Milliarden, die Apple mir an Steuern hätte zahlen müssen, die will ich gar nicht. So machen Irland und andere Steueroasen Standortpolitik.

Österreich hat ja jetzt auch bald das Standort-Entwicklungsgesetz ...

Die Regierung will eben unter allen Umständen eine Politik für die großen Unternehmen machen, deshalb werden Umweltorganisationen behindert. Sicher ist es sinnvoll, dass bei manchen Projekten Entscheidungen schneller fallen. Aber andererseits hängt die Zukunft Österreichs nicht davon ab, dass die dritte Piste des Flughafens Wien möglichst schnell gebaut wird. Ich selbst habe da auch einiges gelernt. Ich habe zum Beispiel damals der Elektrizitätswirtschaft wirklich geglaubt, dass es ohne Hainburg nicht geht, und davor hieß es, ohne Zwentendorf geht's nicht. Und siehe da, es geht doch, ohne dass wir übermäßig viel Strom importieren müssen. Es ist einfach so, dass die Lobbys viel, ja zu viel Macht haben. Natürlich nicht nur in Österreich, sondern etwa auch in der EU sind ja wesentlich mehr Lobbyisten für Industrie und Wirtschaft als für Gewerkschaften oder NGOs tätig.

Was ist wichtig für die Zukunft Österreichs?

Fast 50 Prozent der Österreicherinnen sind teilzeitbeschäftigt, auch weil es zu wenig Kinderbetreuung gibt. In Deutschland droht Altersarmut, bei uns sind die Pensionen zwar höher, aber sie kann auch hier

ein Problem werden. Ich kann mich erinnern, dass wir mit Johanna Dohnal den Bundesländern eine Kindergarten-Milliarde angeboten haben. Die haben geantwortet – übrigens nicht nur die ÖVP-dominierten Bundesländer –, dass sie das nicht brauchen. Das kommt selten vor, dass Länder Geld vom Bund ablehnen.

Ein zweiter wichtiger Punkt ist die Bildung, die in Österreich noch immer vererbbar ist. Ich will nicht behaupten, dass die Ganztags- oder Gesamtschule die Allheilmittel sind, aber das wäre ein wichtiger Ansatz. Und eigentlich beginnt es ja schon im Kindergarten. Ich bin jetzt keineswegs dafür, dass dort schon das Leistungsprinzip herrschen soll. Aber eine Pädagogin für 20 bis 25 Kinder: Wie soll das gehen? Wir müssen sehr aufpassen, dass sich das Bildungssystem nicht genauso wie das Gesundheitssystem in zwei Klassen aufteilt.

Darf ich Sie zum Abschluss noch um einen Buchtipp bitten?

Der Falter-Chefredakteur Florian Klenk und Konrad Pesendorfer, Chef der Statistik Austria, haben ein Buch geschrieben: Zahlen, bitte! Interessanterweise hat Markus Marterbauer vor einigen Jahren ein Buch mit dem gleichen Titel veröffentlicht (Zahlen bitte! Die Kosten der Krise tragen wir alle, Deuticke 2011), das ich auch sehr empfehlen kann.

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
afadler@aon.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Zurück zu den oberen 100.000

Im Jahr 1888 wurde die Pflichtversicherung eingeführt. Seither wurde die Selbstverwaltung der Beschäftigten ausgeweitet. Die neue Regierung hebt sie völlig aus.

Wolfgang Panhölzl

Abteilung Sozialversicherung der AK Wien

Es mag bei der hitzigen Debatte, die rund um den von der Regierung geplanten Umbau der Sozialversicherungen aufgeflammt ist, ein wenig untergehen. Aber es hat einen handfesten Grund, warum ArbeitnehmerInnen in der Selbstverwaltung bisher den Ton angegeben haben. Immerhin handelt es sich etwa bei der Gebietskrankenkasse um „ihre“ Versicherung. So war ihnen die Mitsprache darüber gesichert, was mit jenen Beiträgen geschieht, die sie Monat für Monat in die Hände der Versicherung legten.

Die Regierung legt nun die Sozialversicherung der ArbeitnehmerInnen in die Hände des Wirtschaftsbundes. Durch die paritätische Besetzung (gleiches Stimmenverhältnis von ArbeitnehmerInnen und Arbeitgebern) des Verwaltungsrates der Österreichischen Gesundheitskasse bestimmen 100.000 Wirtschaftstreibende über die Gesundheitsversorgung von rund 3,6 Millionen ArbeitnehmerInnen und ihren Angehörigen, insgesamt rund sieben Millionen Versicherte.

Auf das Wohlwollen angewiesen

Das ist ein Rückschritt ins 18. Jahrhundert, als das Wohlwollen der „Diensthalter“, „Fabrikanten“ und „Gewerbetreibenden“ die Krankenversorgung der „Dienstnehmer“ bestimmte.

Es war immer schon für das Selbstverständnis der ArbeitnehmerInnen wichtig, sich von Abhängigkeiten vom

Arbeitgeber und dessen Bevormundungen zu befreien. Bis zum Spätmittelalter war es „traditioneller Brauch“ und „alte Gewohnheit“, dass Dienstherrn für ihre kranken Dienstpersionen zu sorgen hatten.

Dieser Grundsatz entsprach dem sogenannten Schutz-Treue-Verhältnis zwischen Vater und Kind, Herr und Diener im patriarchalischen Hausverband, egal, ob es sich bei den Dienstherrn um Fürsten, Grundherren, Beamte, Kaufmänner, Handwerker oder Bauern handelte.

Bereits im 14. und 15. Jahrhundert emanzipierten sich die Handwerksdiener aus dieser „Schutzgewalt“ des Meisters und wurden mehr und mehr als selbstständige Arbeiter angesehen. Sie waren unter der Bezeichnung „Geselle“ gegen Lohn bei der Ausführung eines Werkes behilflich und nicht mehr im patriarchalisch-häuslichen Sinn dienstbar.

Selbst zu unterhalten

Demzufolge war beispielsweise in der General-Handwerksordnung aus 1527 für Niederösterreich festgelegt, dass sich der Handwerksgeselle im Krankheitsfall selbst zu unterhalten habe.

Damit die Gesellen in diesem Fall nicht vor dem Nichts standen, errichteten Handwerker unter anderem sogenannte „Gesellenbüchsen“, in die sie einzahlten, um im Krankheitsfall daraus versorgt zu werden. Das ist nichts anderes als eine selbstorganisierte Krankenversicherung.

Im 17. und 18. Jahrhundert kam es allgemein in der ständischen Gesellschaft zu einem Rückfall in patriarchalische

Gepflogenheiten. In der Zeit des „Vormärzes“ bis zur Revolution von 1848 kam die Gesetzgebung generell zum Stillstand. Insbesondere die Untätigkeit und Gleichgültigkeit des „absoluten“ Staates gegenüber der „sozialen Frage“, die durch die sich auch in Österreich ausbreitende industrielle Revolution immer drängender wurde, forderte die Selbsthilfefähigkeiten der ArbeiterInnen heraus.

Noch im Juni 1848 wurde der „Allgemeine Arbeiterverein“ gegründet, der ein Arbeiterparlament und die Errichtung von Kranken- und Invalidenkassen mit Beihilfe des Staates forderte.

Verpflichtung für Unternehmer

Der nächste Schritt war die Gewerbeordnung von 1859, die von liberalen Strömungen geprägt war. Sie regelte Fabrikskrankenkassen und verpflichtete die Unternehmer, ab einer bestimmten Firmengröße für Arbeitsunfälle und Erkrankungen eine Unterstützungskasse einzurichten. Als Alternative waren auch Genossenschaftskassen vorgesehen. Ein wichtiger Fortschritt aus damaliger Sicht: Ausdrücklich wurde den Gehilfen ein angemessener Einfluss auf die Verwaltung eingeräumt.

Für die selbstorganisierte Krankenversicherung der ArbeitnehmerInnen war das Vereinsgesetz von 1867 ein wesentliches Datum. Damit war die rechtliche Grundlage für die freie Bildung von Unterstützungskassen geschaffen. Im Dezember 1867 nahm der Wiener Arbeiterbildungsverein seine Tätigkeit auf. Zum Gründungszeitpunkt gehörten ihm 16 Kassen mit 30.000 Mitgliedern

an. Rückenwind erhielten die KämpferInnen für den Sozialstaat damals durch eine Wirtschaftskrise. Denn der Börsenkrach von 1873 brachte den Glauben an die Selbstregulierungsfähigkeit des Marktes auch bei führenden Vertretern des Liberalismus ins Wanken. Es war damit nämlich bewiesen, dass eine schrankenlose wirtschaftliche Betätigung schwere volkswirtschaftliche und soziale Schäden anrichten kann.

Beginnender Sozialstaat

Die Zeit des Nachwächterstaates, der sich auf den Schutz des Privateigentums und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung beschränkte, war vorerst vorbei. Der Sozialstaat begann sich durchzusetzen. Eine seiner ersten Errungenschaften war das Krankenversicherungsgesetz (KVG) von 1888. Nach dem Bismarck'schen Modell wurde auch in Österreich die Pflichtversicherung in der Kranken- und Unfallversicherung eingeführt.

Die Hauptleistung dieses Gesetzes war das Festschreiben von Mindestleistungen wie die freie ärztliche Behandlung oder die Verpflegung in einem Krankenhaus auf Kosten der Krankenkasse. Den ArbeiterInnen stand Krankengeld in der Höhe von 60 Prozent des ortsüblichen Taglohns zu, und zwar vom Tag der Erkrankung an, wenn diese mehr als drei Tage dauerte und der Erkrankte erwerbsunfähig war. Das Krankengeld konnte man mindestens 20 Wochen beziehen.

Im Jahre 1901 gab es in Österreich (Zisleithanien) insgesamt 2.935 Krankenkassen, sie hatten eine Mitgliederzahl von 2,5 Millionen (neun Prozent der Bevölkerung). Und: Sie wurden in Selbstverwaltung mit ArbeitnehmerInnenmehrheit geführt. Diese rief auch damals schon Widerstand hervor. So sollte nur wenige Jahre später, im Jahr 1905, ein stark ausgeprägtes Aufsichtsrecht des Staates eingeführt werden. Der Krankenkassentag erklärte daraufhin: „Gelingt es die Selbstverwaltung auch auf dem Gebiet der Arbeiterversicherung zu vernichten (...) dann wäre die Arbeiterversicherung nur zu einer Armenversorgung auf Kosten der Arbeiter umgestaltet (...) Nie und nimmer wird

Mitsprache seit dem 19. Jahrhundert

Verhältnis Arbeitgeber zu ArbeitnehmerInnen



© Thomas Jarmer

Quelle: Arbeiterkammer

die Arbeiterschaft es dulden können, dass ihr der wohl begründete Anspruch auf entscheidenden Einfluss (...) in den Krankenkassen entrissen und in der UV (Unfallversicherung) und IV (Invalidenversicherung) vorenthalten wird.“

Zwingendes Gebot

Die – derzeit noch – bestehende Selbstverwaltung der Sozialversicherung steht in engem Zusammenhang mit dem Wiederaufbau von demokratischen Strukturen in der Zweiten Republik. Es wurde als „zwingendes Gebot“ angesehen, möglichst breite Kreise der Versicherten in die Selbstverwaltung einzubeziehen.

Genau das war in den von 1935 bis 1945 in Österreich herrschenden Diktaturen nicht geschehen. Entsprechend hat man danach festgelegt, dass Verwaltungskörper der Sozialversicherungsträger streng nach dem demokratischen Prinzip zu besetzen waren.

Seit es die Selbstverwaltung der ArbeitnehmerInnen in der gesetzlichen Krankenversicherung gibt – immerhin seit 1888 –, waren die Vorstände und Generalversammlungen immer mehrheitlich mit ArbeitnehmerInnen besetzt.

In der Monarchie lag das Verhältnis bei 2:1, in der Ersten und Zweiten Republik bei 4:1. Übrigens, selbst im autoritären Ständestaat lag das Verhältnis bei 2:1. Im Gegenzug hatten die Arbeitgeber immer in der Kontrollversammlung das Sagen und damit in wirtschaftlich bedeutenden Fragen (Gebäude, Stellenplan, Besoldung etc.) ein Vetorecht.

Die nun vorliegende Regierungsvorlage zur Kassenzentralisierung bringt ein undemokratisches Verhältnis von 1:1. Ohne Zustimmung und Wohlwollen der Arbeitgeber kann künftig in der Krankenversicherung der ArbeitnehmerInnen nicht einmal ein Pflaster bestellt werden. Das ist ein Rückschritt hin zu den Abhängigkeiten des 18. Jahrhunderts.

Literaturtipp:

Harald Steindl „Wege zur Arbeitsrechtsgeschichte“

Blogtipp:

tinyurl.com/yc8ffqxf

Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor
wolfgang.panhoelzl@akwien.at

oder die Redaktion
aw@oegb.at

Das Denkmal neben dem Parlament in Wien dokumentiert die große politische Bedeutung der Gewerkschaft bei der Erringung der Demokratie. Zwei Büsten zeigen Gewerkschafter: den Wiener Bürgermeister Jakob Reumann und den Sozialstaatssekretär Ferdinand Hanusch.



Die Republik, die sie wollten

© Christian Fischer

Die Gewerkschaft spielte bei der Gründung der Republik 1918 eine große Rolle. Ihr Ziel war die „soziale Demokratie“.

Brigitte Pellar
Historikerin

Es wird aller Kräfte bedürfen, den freien Volksstaat lebensfähig zu machen. Das große Werk kann aber nur dann glücken, wenn für alle schaffenden Bewohner des Staatswesens die Möglichkeit gegeben ist, ‚auf freiem Grund mit freiem Volk zu stehen‘, aber nicht nur als politisch Freie, sondern auch als wirtschaftlich Freie. Nur soziale Einsicht und soziale Gerechtigkeit können diesen Staat begründen und zu einer Heimstätte glücklicher Menschen machen.“ Diese Zeilen stammen aus dem Jahr 1919, und sie stammen aus der Feder von **Ferdinand Hanusch**, Gewerkschafter und Staatssekretär für soziale Verwaltung. Sie vermitteln sehr gut, welches Auf und Ab der Gefühle die Gründung der österreichischen Republik begleitete.

Der Staat, den keiner wollte: So wird die demokratische Republik der Jahre 1918 bis 1933 oft charakterisiert. Als Begründung dient der Verweis darauf, dass sie als „Republik Deutsch-Österreich“ proklamiert wurde und erst der Friedensvertrag von St. Germain mit den Siegermächten des Ersten Weltkriegs 1919 den Anschluss an die Deutsche Republik verbot.

Die GewerkschafterInnen, die in der „österreichischen Revolution“ von 1918 und in der Zeit der **Gründungsregierung** eine führende Rolle spielten, beurteilten aber ihren neuen Staat nach einem anderen „Wertesystem“, wie es Ferdinand Hanusch so berührend formulierte.

Soziale Demokratie

Ob der erhoffte „Anschluss“ kommen sollte oder nicht, entscheidend blieb das Ziel einer parlamentarischen Demo-

kratie, ergänzt um demokratische Mitbestimmung in den verschiedenen Bereichen der Gesellschaft und mit sozialer Gerechtigkeit und Gleichberechtigung. „Soziale Demokratie“ nannte man das damals, heute würden wir „Sozialstaat“ dazu sagen. Die Niederlage des Kaiserreichs im Ersten Weltkrieg, sein Zerfall und die Transformation Österreichs zu einer echten Demokratie schienen die Chance zu bieten, dem Ziel ein gutes Stück näher zu kommen. Die Gewerkschaftsbewegung verfolgte es konsequent, obwohl die Rahmenbedingungen alles andere als günstig waren.

Österreich hatte seine wichtigsten Industriezentren und Kohlereviere an die neue tschechoslowakische Republik verloren, auch die ungarischen Lebensmittellieferungen blieben aus, die Menschen hungerten und froren, viele Betriebe mussten die Produktion ein-

stellen und wegen des Kohlemangels fuhren kaum Züge. Am schlimmsten war die Lage in Wien, denn am Land konnten sich die Bewohner nicht gut, aber doch selbst versorgen.

Dass nicht noch mehr Menschen verhungerten und froren, verdankte Wien in hohem Maß gelebter internationaler Solidarität. Edo Fimmen, der Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbunds, startete eine Hilfsaktion in den IGB-Mitgliedsgewerkschaften. Die skandinavischen ArbeiterInnen machten freiwillig Überstunden und spendeten den so erarbeiteten Lohn, in den Niederlanden wurde am freien zweiten Weihnachtsfeiertag für Österreich gearbeitet und auch die englischen ArbeiterInnen beteiligten sich an der Hilfsaktion. Selbst in Deutschland sammelte der Gewerkschaftsbund trotz der eigenen Not Geld für die ArbeitnehmerInnen im Nachbarland.

Licht am Horizont

Dass die junge Republik trotz aller Schwierigkeiten schon nach wenigen Jahren Licht am Horizont sah, hatte sie nicht zuletzt den Gewerkschaftern zu verdanken, die immer wieder entscheidenden Einfluss nahmen. Das galt für Ferdinand Hanusch als Leiter des Sozialressorts ebenso wie für den Metallarbeiter **Franz Domes**, der Hanusch als Vorsitzendem der Reichskommission der Freien Gewerkschaften nachfolgte und ab 1921 erster Präsident der Arbeiterkammer für Wien und Niederösterreich war.

Domes war als Gewerkschaftsvertreter Mitglied des Staatsrats. Dieser war vom Gründungsparlament, der provisorischen Nationalversammlung, bestellt worden, ihm unterstanden die Staatsämter und auch Staatskanzler **Karl Renner**. **Jakob Reumann**, der als junger Arbeiter die Drechsler organisiert hatte, leitete als Bürgermeister die Entwicklung des „Roten Wien“ zum sozialstaatlichen Modellland ein.

Nach den ersten demokratischen Parlamentswahlen 1919 erhielten viele sozialdemokratische freie GewerkschafterInnen ein Abgeordnetenmandat in der konstituierenden Nationalversammlung. Unter den Mandataren der christlichsozialen Partei befanden sich nur

wenige christliche Gewerkschafter. Bei diesen Wahlen durften Frauen erstmals wählen und kandidieren, weil der Metallarbeiter **Johann Schorsch** als Gewerkschaftsvertreter gegenüber dem zögernden Staatskanzler Renner darauf bestanden hatte. Im sozialdemokratischen Klub bildeten die GewerkschafterInnen eine eigene Fachsektion zur Ausarbeitung von Gesetzesanträgen.

Sie mischten ganz bewusst in der Politik mit, um die Gunst der Stunde zu nutzen. Denn München und Ungarn waren zu Räterepubliken geworden, die den Kapitalismus als Gesellschafts- und Wirtschaftssystem sofort beseitigen wollten. Die Profiteure einer unkontrollierten Marktwirtschaft fürchteten ein Überschwappen dieser Revolution auf Österreich und betrachteten Zugeständnisse bei arbeits- und sozialrechtlichen Eingriffen in die Marktfreiheit und in ihre „Herrenrechte“ als das kleinere Übel.

Anton Hueber, der leitende Sekretär der freigewerkschaftlichen Kommission, beschrieb die Rolle, welche die Gewerkschaften in der Epoche des demokratischen Aufbruchs für sich sahen so: „Mit der Vergangenheit müssen wir brechen und müssen den Weg gehen, der uns durch die Entwicklung gewiesen ist, um endlich mit Hilfe der gewerkschaftlichen Organisation zur wirtschaftlichen Demokratie zu gelangen. Wir haben uns nicht organisiert, um bloß höhere Löhne zu bekommen, unsere Arbeit muss einem höheren Ziel dienen.“

Volle Gleichberechtigung

Noch während des Krieges hatte Hueber zusammen mit Karl Renner als Mitglied des „Ausschusses für Kriegs- und Übergangswirtschaft“ im kaiserlichen Handelsministerium die Errichtung einer „Paritätischen Industriekommission“ durchgesetzt.

Diese sollte die industrielle Abrüstung und den wirtschaftlichen Aufbau der Nachkriegszeit vorbereiten und steuern. In dieser Kommission verhandelten „die freien Kampforganisationen der Arbeiter und Industriellen“, also die Vertreter der Industriellenvereinigung und der Gewerkschaftskommissionen, in voller Gleichberechtigung. Die schon lange bestehenden gesetzlichen Interes-

senvertretungen der Unternehmer, die Handelskammern, waren nicht eingebunden, weil es die Arbeiterkammern als ihr Gegenstück noch nicht gab und damit eine gleichberechtigte Verhandlungsposition beider Seiten nicht gewahrt gewesen wäre. Die Kommission bereitete zum Beispiel die Einführung der Arbeitslosenunterstützung und des Achtstundentags vor. Sie sorgte so dafür, dass man sich in den Unternehmen auch an die neuen Gesetze hielt.

Revolutionäres Arbeitsrecht

Der Achtstundentag war eine der ersten Forderungen der Gewerkschaftsbewegung, die Arbeitslosenversicherung ein neuer Weg, aber für ihre Ausformung spielten Erfahrungen aus der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung eine wichtige Rolle. Die beiden Gesetze waren Teil der sozialpolitischen Offensive, die 1918 bis 1920 vom Hanusch-Ministerium ausging und die Grundlage für den Ausbau des österreichischen Sozialstaats nach 1945 legte. Etliche der Sozialgesetze – wie das Krankenversicherungsgesetz – gab es schon in der Monarchie, sie wurden jetzt modernisiert und galten endlich für fast alle ArbeitnehmerInnen.

Als „revolutionär“ kann das neue kollektive Arbeitsrecht bezeichnet werden: Rechtsverbindlichkeit von Kollektivverträgen, Betriebsräte als gewählte Belegschaftsvertretung und Arbeiterkammern mit dem Recht auf Selbstverwaltung, das bisher nur den Unternehmern zugestanden worden war.

Anhänger der „Marktfreiheit“ bekämpften diese Mitbestimmungsrechte schon bald als „sozialen Schutt“. Sie fanden ab 1921 in den rechten Koalitionsregierungen Verbündete, die das Experiment „soziale Demokratie“ vorläufig stoppen konnten. Ein rigoroses Sparprogramm vernichtete den gerade beginnenden Aufschwung.

Literaturtipp:

Julius Deutsch

„Geschichte der Gewerkschaftsbewegung“

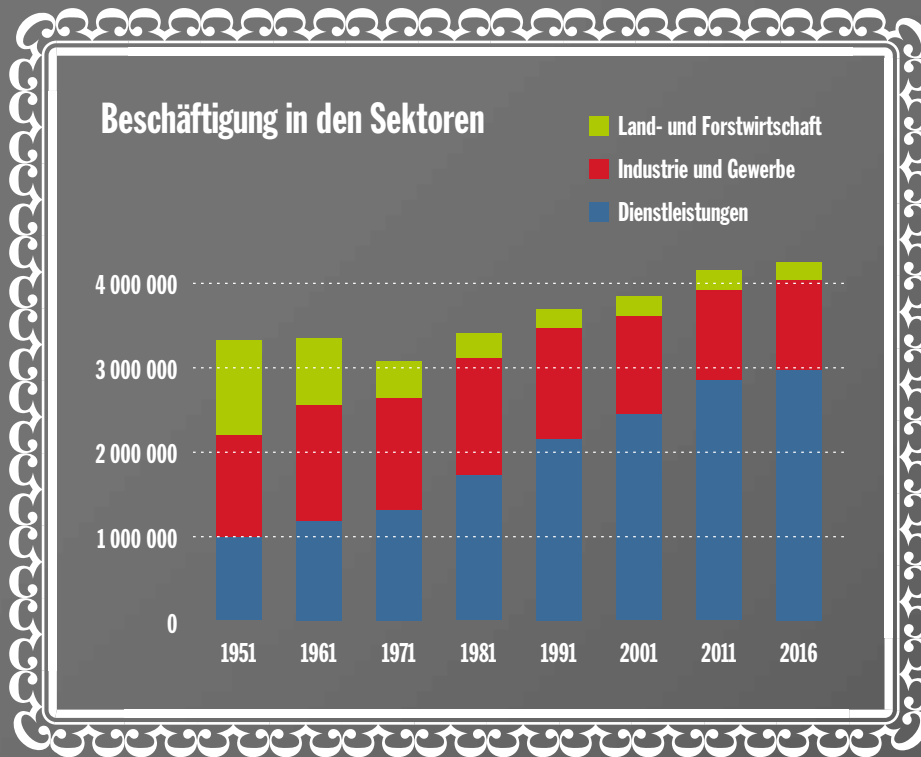
Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin

brigitte.pellar@aon.at

oder die Redaktion

aw@oegb.at

Wir gedenken der Zahl



Wöchentliche Arbeitszeit im

Wandel in der Wirtschaft

Wichtige Reformschritte für Beschäftigte und ihre Interessenvertretung

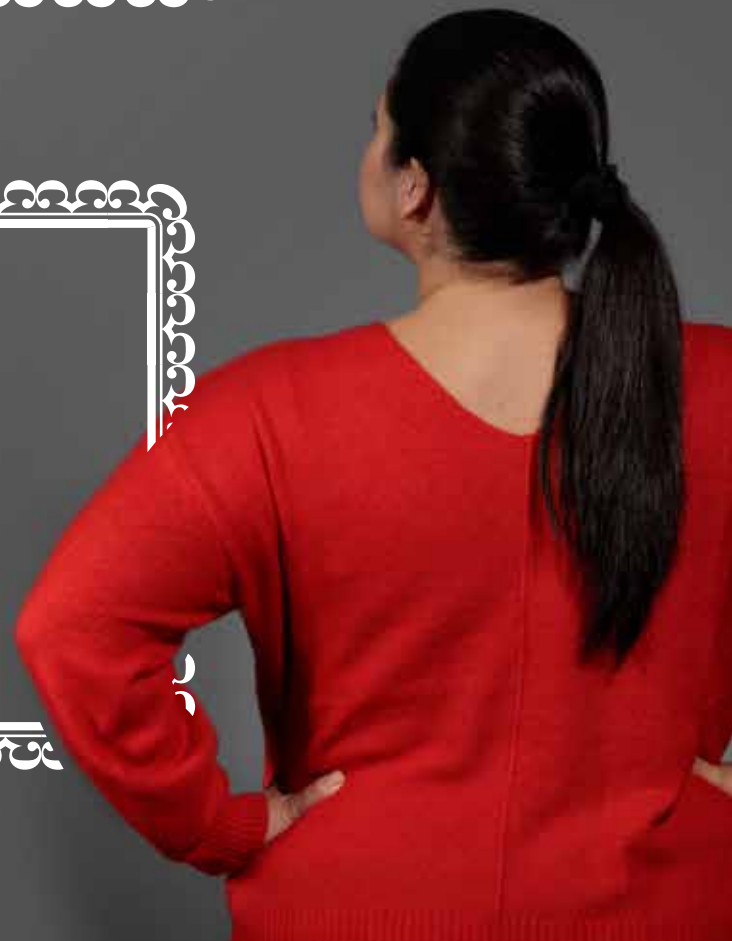
1848 Märzrevolution:

- Ausgangspunkt für die Entwicklung einer Verfassung, Grundrechte für BürgerInnen
- „Erste Allgemeiner Arbeiterverein“ in Wien gegründet
- Leibeigenschaft aufgehoben

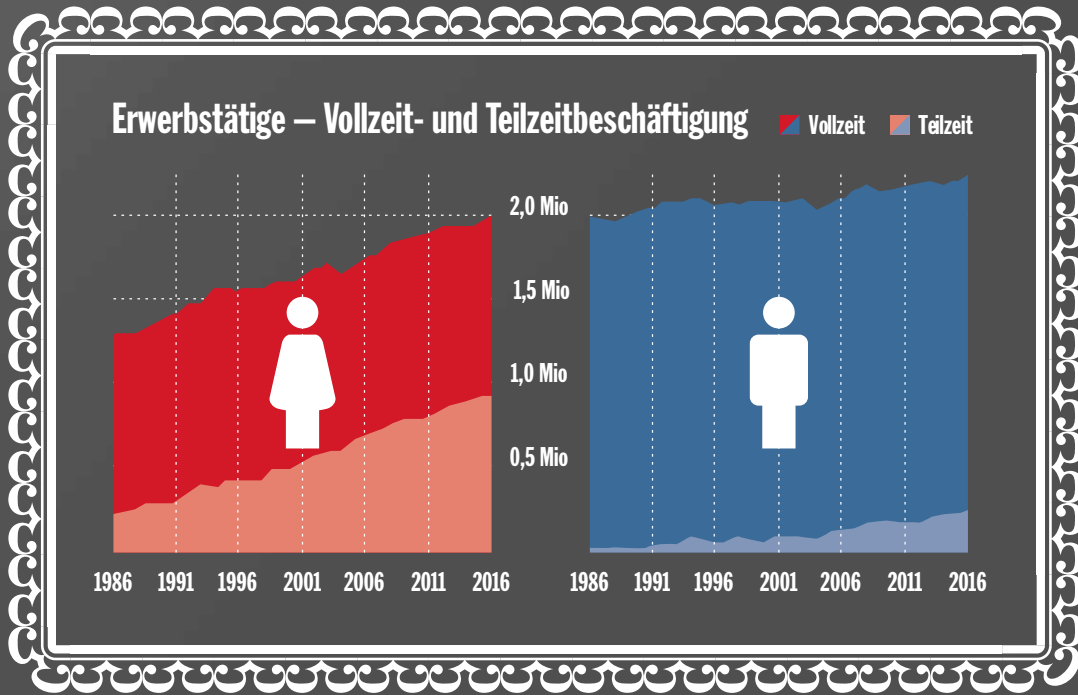
1861 Erste Verfassung in Österreich

1867 Vereinsgesetz: ermöglichte die Gründung „unpolitischer“ Fachvereine sowie Kranken- und Invalidenunterstützungskassen

1870 Koalitionsgesetz: Streik nicht mehr illegal



ahlen, Daten & Fakten!



Rückblick

Veränderung der Beschäftigung

Atypische Beschäftigung hat zugenommen.

- 1895 Sonntagsruhegesetz
- 1896 Erster Kollektivvertrag (Buchdrucker)
- 1919 Betriebsrätegesetz, Gesetze zu Achtstundentag und Arbeiterurlaub
- 1920 ArbeiterkammerG, KollektivvertragsG, Arbeitslosenversicherung
- 1921 Angestelltengesetz
- 1945 Neuerrichtung der Arbeiterkammern sowie der anderen Kammern, Gründung des ÖGB
- 1947 BetriebsratsG, KV-Gesetz
- 1948 Selbstverwaltung der Sozialversicherung
- 1949 General-Kollektivvertrag über 45-Stunden-Woche
- 1965 Verlängerung des gesetzlichen Mindesturlaubs von zwei auf drei Wochen
- 1972 Senkung der Normalarbeitszeit auf 42 Stunden pro Woche
- 1975 40-Stunden- und 5-Tage-Woche

Wer die Wahl hat . . .

Das Wahlrecht wird seit über einem Jahrhundert Schritt für Schritt inklusiver. Defizite bestehen aber bis heute.

Thomas Stollenwerk
Freier Journalist

Im März 1894 ging eine Einladung zum sozialdemokratischen Parteitag auf den Postweg von Wien nach London. Ihr Empfänger war Friedrich Engels. Er hatte keine Zeit, sagte seine Teilnahme ab und sandte eine Grußbotschaft zurück an die Delegierten in Wien.

„Der diesjährige Parteitag hat besonders wichtige Aufgaben zu erfüllen. Es handelt sich in Österreich um die Erkämpfung des allgemeinen Wahlrechtes, jener Waffe, die in der Hand einer klassenbewußten Arbeiterschaft weiter trägt und sicherer trifft als das kleinkalibrige Magazinsgewehr in der Hand des gedrillten Soldaten“, schrieb Engels **martialisch**.

Keine direkte Wahl

In ganz Europa wurde damals von Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien für ein allgemeines Wahlrecht gestritten. Denn das gab es fast nirgends auf dem Kontinent. In der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie galt seit 1848 ein Kurien- und Zensuswahlrecht, bei dem die Abgeordneten über die Landtage gewählt wurden.

Direkt gewählt wurden die Mitglieder des Reichsrats erst ab 1873. Und zwar ausschließlich von Männern, die mehr als zehn Gulden Steuer entrichteten, bestimmten Berufsgruppen angehörten oder Bildungstitel erworben hatten. Das Wahlrecht schloss damit einen Großteil der Bevölkerung von den Wahlen aus – Frauen sogar völlig.

In Wien waren im Jahr 1880 gerade einmal 3,5 Prozent der Bevölkerung wahlberechtigt. „Der Kampf wird langwierig und heftig sein. Aber wenn die Arbeiter die politische Einsicht, die Geduld und Ausdauer, die Einmütigkeit und Disziplin beweisen, denen sie nun schon so viele schöne Erfolge verdanken, so kann der endliche Sieg ihnen nicht entgehen“, war sich Engels sicher.

Erster Fortschritt

Geduld brauchten die österreichischen ArbeiterInnen tatsächlich noch, bis das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht eingeführt wurde. Der Parteitag von 1894 beschloss die Forderung nach einer fünften Wählerkurie für alle Männer ab dem 24. Lebensjahr; weitere Voraussetzungen waren: Sie mussten schreiben und lesen können, eine ständige Beschäftigung ausüben oder eine direkte Steuer bezahlen. Zwei Jahre später wurde diese fünfte Kurie tatsächlich geschaffen. Doch ein wirkliches, allgemeines Wahlrecht für Männer wurde erst 1907 eingeführt. Und bis auch Frauen an die Wahlurnen gelassen wurden, war eine ganze Revolution vonnöten.

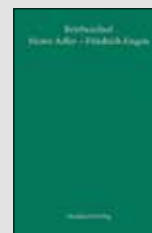
Erst am 12. November 1918 erlangten Frauen in Österreich erstmalig das allgemeine und gleiche Wahlrecht. Ein paar Monate später, am 16. Februar 1919, fand schließlich die Wahl zur Konstituierenden Nationalversammlung statt – die erste freie Wahl der Republik. In der Verfassung vom März 1919 wurde die parlamentarische Demokratie mit direkten, freien, gleichen und geheimen Wahlen als Staatsform

BUCHTIPP

Gerd Callesen,
Wolfgang Maderthaner:

Briefwechsel

Victor Adler/
Friedrich Engels
Verlag De Gruyter,
2011, € 119,95
ISBN: 978-3-05-004988-5



Bestellung:

www.besserewelt.at

festgeschrieben. Für einen massiven Gewinn an Mitbestimmung sollte auch die Gründung der Arbeiterkammern im Jahr 1920 sorgen. Ferdinand Hanusch hatte jenes Gesetz in die Nationalversammlung eingebracht, das die Gründung der Kammer für Arbeiter- und Angestellte vorsah und am 26. Februar 1920 beschlossen wurde. Die Forderung nach einer fest verankerten Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter war nicht neu. Schon seit Mitte des 19. Jahrhunderts wurde sie erhoben – schließlich gab es seit 1849 auch Handelskammern, in denen die Unternehmer Pflichtmitglieder waren.

Mitbestimmung der Beschäftigten

Im Jahr 1886 hatte der liberale Reichsratsabgeordnete Ernst von Plener einen Antrag auf die Einrichtung von Arbeiterkammern gestellt, über den auch jahrelang beraten wurde. Doch am Ende waren sich sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften einig. Sie lehnten den Antrag des Liberalen ab. Ihre Befürch-

tung: Eine Arbeiterkammer könnte am Ende als Argument gegen ein allgemeines Wahlrecht dienen, ohne dass sich an den verbrieften Rechten der ArbeiterInnen viel änderte. Darauf wollte man sich nicht einlassen.

Unter den Erwartungen

Als sie dann in den 1920er-Jahren schließlich doch etabliert worden war, blieb der Einfluss der Arbeiterkammer allerdings unter den Erwartungen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften. Die AK hatte einfach zu wenig mitzureden. Ein paar Jahre lang probierten die ÖsterreicherInnen in der Ersten Republik ein bis dahin nicht gekanntes Maß an demokratischen Mitbestimmungsrechten aus.

Es dauerte allerdings nicht lange, bis die erste parlamentarisch geprägte Demokratie ein jähes Ende fand. Die Verfassungsnovelle von 1929 wertete die Rolle des Bundespräsidenten zulasten des Parlaments auf, und nur vier weitere Jahre später, genauer gesagt im Jahr 1933, wurde das Parlament de facto ganz ausgeschaltet. Die Arbeiterkammern waren zur Zeit des austrofaschistischen Regimes ab 1934 nicht viel mehr als unter Regierungsaufsicht stehende Geschäftsstellen der Einheitsgewerkschaft. Im Jahr 1938 wurden sie gänzlich aufgelöst.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde die Arbeiterkammer mit Gründung der Zweiten Republik wieder eingerichtet, und zwar formal schon am 20. Juli 1945. Und auch beim Wahlrecht tat sich in der Zweiten Republik einiges. Wer mindestens 20 Jahre alt war, durfte ab 1949 wählen. Wer 26 oder älter war, durfte sich auch selbst zur Wahl stellen. 1968 wurden das aktive Wahlalter auf 19 und das passive auf 25 Jahre abgesenkt. 1992 schließlich fielen die Mindestalter auf 18 bzw. 19 Jahre, im Jahr 2007 wurde das Wahlalter auf 16 Jahre gesenkt.

Und auch sonst wurden die Möglichkeiten, sich an Wahlen zu beteiligen, Schritt für Schritt für immer mehr Menschen erweitert. Im Jahr 1989 konnten sich AuslandsösterreicherInnen zum ersten Mal an Wahlen beteiligen, allerdings ausschließlich in den diplomatischen Vertretungen der Republik. Erstmalig 2002 erhielten auch Menschen ausländischer Staatsbürgerschaft



Im Jahr 1918 war es so weit: Österreichische Frauen erhielten das Wahlrecht. Hier zu sehen: die ersten Frauen im Parlament in Wien.

das Wahlrecht und zwar auf kommunaler Ebene, aber nur in Wien. Zwei Jahre später allerdings kippte der Verfassungsgerichtshof diese Regelung wieder, da er allein in der österreichischen Staatsbürgerschaft die Grundvoraussetzung für die Ausübung des Wahlrechts erkannte.

Demokratiedefizit

Seit dem Jahr 1995 dürfen zumindest EU-BürgerInnen, die in Österreich leben, auf kommunaler Ebene wählen. Auf Landesebene oder bei Wahlen zum Nationalrat sind sie von der demokratischen Mitbestimmung weiterhin ausgeschlossen. So dürfen allein in der Bundeshauptstadt über 400.000 WienerInnen an den Wahlen zum Gemeinderat – der ist in Wien schließlich ein Landtag –, Nationalrat und Bundespräsidenten nicht teilnehmen. KritikerInnen erkennen darin ein gewaltiges Demokratiedefizit, das im Widerspruch zur politisch forcierten Mobilität innerhalb Europas steht. Demokratische Mitbestimmung unabhängig von der Staatsbürgerschaft gibt es allerdings dennoch und zwar bei den Wahlen zur Arbeiterkammer. „Wahlberechtigt sind ohne Unterschied der

Staatszugehörigkeit alle am Stichtag kammerzugehörigen Arbeitnehmer“, heißt es in § 10 des Arbeiterkammer-Gesetzes.

Ausnahmewahl

Auf das passive Wahlrecht mussten zugezogene AK-Mitglieder allerdings lange warten. Erst nachdem im Jahr 1999 eine Gruppe von fünf türkischen AK-Mitgliedern als Kandidaten zur AK-Wahl antreten wollten und von der Wahlkommission strikt abgelehnt wurden, sorgte ein Rechtsstreit vor dem Europäischen Gerichtshof schließlich für die Einführung des passiven Wahlrechts für MigrantInnen bei den AK-Wahlen.

Weitere Informationen:

Weblexikon der Wiener Sozialdemokratie
tinyurl.com/ybx3w4bu

Der Standard

„Jeder vierte Wiener darf nicht wählen“
tinyurl.com/yckgypxh

Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor
thomasstollenwerk@icloud.com

oder die Redaktion
aw@oegb.at



Im Untergrund

Als eine mächtige Gewerkschaftsorganisation gezwungen war, aus dem Untergrund gegen Austrofaschismus und Nationalsozialismus Widerstand zu leisten.

Maja Nizamov
Freie Journalistin

Im Jahr 1892 schlug in Österreich endlich die Stunde der Gewerkschaften. Nach vielen anfänglichen Gehversuchen wurde erstmals in der Geschichte der Monarchie eine zentrale sozialdemokratisch orientierte Gewerkschaftsorganisation gegründet. Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs und Zusammenbruch der Habsburgermonarchie erlebte die Gewerkschaftsbewegung einen rasanten Aufstieg.

Bedeutende Erfolge

Zu Beginn der Republik spielten die Organisationen eine wesentliche sozialpolitische Rolle, denn sie konnten mit der Durchsetzung von Arbeitszeitbegrenzung, Sozialversicherung und der Einführung von Betriebsräten und Arbeiter-

schutz bedeutende Erfolge erzielen. Mit 1.079.777 Mitgliedern verzeichneten die Freien Gewerkschaften im Jahr 1921 zudem einen Rekordstand – eine derartig hohe Mitgliederzahl erreichte erst 1947 der Österreichische Gewerkschaftsbund wieder. 1928 wurden alle sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaften im „Bund freier Gewerkschaften“ zusammengefasst. Organisiert wurde der Verband nach dem Industriegruppenprinzip – insgesamt gab es 38 Gewerkschaften und sieben lokale Gewerkschaften, die etwa 655.000 Mitglieder umfassten.

Als Gegenbewegung zu den sozialdemokratischen Freien Gewerkschaften wurden 1928 in Leoben die „unabhängigen“ oder „gelben“ Gewerkschaften gegründet, die der christlich-konservativen Heimwehr nahestanden. Da die gelben Gewerkschaften auf Arbeitskämpfe wie Streiks verzichteten, wurden sie von österreichischen Großun-

ternehmen wie beispielsweise der „Österreichischen-Alpinen Montangesellschaft“ unterstützt. Neben den beiden dominierenden Gewerkschaften existierten zudem noch kleinere Gewerkschaftsverbände wie jene Organisationen der Deutschnationalen, die „Rote Gewerkschaftsopposition“ der Kommunistischen Partei Österreichs und die NSBO – die nationalsozialistischen Betriebszellenorganisationen – der Nationalsozialisten.

Im Untergrund

Im Zuge der Februarkämpfe 1934 wurden nicht nur die sozialdemokratische Partei, sondern alle sozialdemokratischen Gewerkschaften und deren Arbeiterorganisationen verboten und aufgelöst. Somit war die Opposition völlig ausgeschaltet und der Weg zur offiziellen Errichtung des austrofaschistischen Regi-

mes geebnet. Statt dem Bund freier Gewerkschaften wurde der „Gewerkschaftsbund der österreichischen Arbeiter und Angestellten“ geschaffen, eine öffentlich-rechtliche und staatsnahe Einheitsgewerkschaft, die autoritär geführt wurde und das gesamte konfiszierte Vermögen der Freien Gewerkschaften erhielt. Sie galt als „Feigenblatt der Diktatur gegenüber der Arbeiterschaft“.

Illegale Führung

Die sozialistischen Freigewerkschafter verstanden es jedoch, sich im Untergrund zu organisieren und richteten in Betrieben sogenannte „Gewerkschaftszellen“ ein. Diese waren vorerst auf sich selbst gestellt, bevor am 18. Februar 1934 Mitglieder der freien Gewerkschaften im Wiener Gemeindebezirk Hernals das „Siebenerkomitee“ gründeten. Das sogenannte SK galt als illegale Führung der sozialistischen Arbeiterbewegung.

Weitere Gewerkschaftsgruppen im Untergrund waren die kommunistische „Wiederaufbaukommission“ sowie die „Illegale freie Angestelltengewerkschaft“ (FRAGÖ). Letztere wurde im September 1934 von den ehemaligen Gewerkschaften der Industrie, des Handels, der Versicherungen, Banken und Gemeindebediensteten gegründet. Ein Jahr später vereinigten sich die drei Organisationen zum illegalen „Bund der freien Gewerkschaften“.

In Brünn wurde eine internationale Verbindungsstelle eingerichtet und in der Tschechoslowakei fanden Konferenzen in regelmäßigen Abständen statt. Innerhalb der illegalen Gewerkschaften gab es allerdings ein ständiges Streitthema: die Position zu den regierungstreuen Gewerkschaftsorganisationen.

Es wurde lange eine Mitarbeit bei diesen diskutiert, um so die Interessen der ArbeitnehmerInnen vertreten zu können. Gegenstimmen warnten davor, dass dies wiederum zur Festigung des Regimes beitragen könnte.

Das SK beispielsweise übte anfangs sehr zurückhaltend Kritik gegenüber dem Regime und man überlegte zeitweise sogar, am austrofaschistischen Staat mitzuwirken. Es dauerte einige Jahre, bis das SK alle staatlichen Institutionen boykottierte. Die FRAGÖ und vor al-

lem die Wiederaufbaukommission hingegen wollten das System so weit wie möglich infiltrieren. Diese Taktik des „Trojanischen Pferds“ war erfolgreich. Der sozialistische Widerstand gegen das Dollfuß-Schuschnigg-Regime legte die Basis für den Widerstand gegen das NS-Regime. Mit dem Einmarsch der Nationalsozialisten in Österreich im März 1938 wurde die Situation für die illegalen und staatlichen Gewerkschaften deutlich verschärft.

Der austrofaschistische „Gewerkschaftsbund“ wurde aufgelöst, die Mitglieder in die „Deutsche Arbeitsfront“, eine gemeinsame Organisation der ArbeitnehmerInnen und Arbeitgeber, eingegliedert. Eine Verhaftungswelle erschütterte das Land, nicht nur die Führer des Austrofaschismus, Kleriker und Juden und Jüdinnen, sondern auch alle bekannten Funktionäre der illegalen Freien Gewerkschaften und der illegalen Revolutionären Sozialisten wurden verhaftet, sofern sie nicht rechtzeitig flüchten oder untertauchen konnten.

Das Zentralkomitee der „Revolutionären Sozialisten“ gab im März 1938 die Weisung, alle Aktivitäten für drei Monate zu unterlassen. Die Flucht und Auswanderung belasteter FunktionärInnen, die Verhaftung vieler SozialistInnen sowie die Einstellung der Aktivitäten führten zu einem Zusammenbruch und Niedergang der Organisation.

Widerstand

ArbeiterInnen, ehemalige SozialdemokratInnen, Revolutionäre SozialistInnen und GewerkschafterInnen, die sich im Widerstand aktiv engagieren wollten, schlossen sich mangels eigener Organisation den KommunistInnen an.

Die Verfolgungen und das Abreißen der Verbindungen zum sozialdemokratischen Exil nach dem Kriegsausbruch 1939 ließen den sozialistischen Widerstand in einzelne Gruppen zerfallen, die voneinander isoliert waren.

In den Haftanstalten der Nazis sowie im Untergrund verschmolzen die bis dahin verfeindeten sozialdemokratischen und konservativen GewerkschafterInnen im gemeinsamen Kampf gegen die Nationalsozialisten. In den Konzentrationslagern trafen Funktionäre der

BUCHTIPP

Wolfgang Neugebauer:

Der österreichische Widerstand 1938–1945

352 Seiten

Verlag Edition Steinbauer

ISBN: 978-3-902494-74-0

2015, € 25,70



Bestellung:

www.besserewelt.at

Einheitsgewerkschaft auf jene des illegalen Bundes Freier Gewerkschaften. Der gemeinsame Widerstand gegen die Nationalsozialisten legte den Grundstein für die Schaffung einer einheitlichen und überparteilichen, demokratischen Gewerkschaftsorganisation nach dem Krieg. Sozialdemokratische, kommunistische und christlicher GewerkschafterInnen gründeten am 15. April 1945, elf Tage vor der Kapitulation der deutschen Wehrmacht, den Österreichischen Gewerkschaftsbund.

Wiederaufbau

Das von den Nazis beschlagnahmte Vermögen der Freien Gewerkschaften wurde an die Fraktion Sozialistischer Gewerkschafter zurückgestellt.

Nach dem Krieg unterstützte der ÖGB die unter Armut und Hunger stark leidende Bevölkerung mit Verteilaktionen von Lebensmitteln und Kleidung. Schulen und Jugendfürsorgestellen wurden errichtet und neuer Wohnraum geschaffen.

Der ÖGB fand jedoch schnell in das sozialpolitische Tagesgeschehen zurück: Das größte Vermächtnis aus der Nachkriegszeit ist das im Jahr 1947 verabschiedete Kollektivvertragsgesetz, im selben Jahr überschritten die Mitgliederzahlen des ÖGB die Millionengrenze – die österreichische Gewerkschaftsbewegung hatte zu ihrer sozialpolitischen Stärke zurückgefunden.

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
maja.nizamov@gmx.net
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Das Judentum (fast) hinter sich gelassen

Der Gewerkschafter und Sozialdemokrat Hugo Breitner konnte Österreich 1938 mit seiner Familie in Richtung USA verlassen.



**HUGO
BREITNER**

STADTRAT
FÜR FINANZEN
1919 - 1933

*In den Anfängen der österreichischen
Gewerkschaftsbewegung finden sich einige
Kämpfer mit jüdischer Herkunft.
Dieser Aspekt wurde in der bisherigen
historischen Auseinandersetzung allerdings
weitgehend ausgeblendet.*

Reportage: Alexia Weiss | Fotos: Christian Fischer

Auf den ersten Blick mag es verwundern. Doch wenn man es sich genauer überlegt, ist es gar nicht mehr so erstaunlich, dass das Thema jüdische GewerkschafterInnen vor 1938 in Österreich kaum aufgearbeitet ist. Wissenschaftliche Arbeiten dazu sind kaum vorhanden, wenn überhaupt finden sich Informationen dazu als Nebenaspekte in Abhandlungen über andere Themen. Das erstaunt, wäht man doch 80 Jahre nach dem Beginn des Nationalsozialismus in Österreich diesen Teil der Geschichte hierzulande besonders gut aufgearbeitet.

Identitäten

Um es vorwegzunehmen: Es lassen sich durchaus einige Gewerkschafter mit jüdischer Herkunft vor der NS-Zeit finden. Darunter sind Männer wie Manfred Ackermann oder Julius Bermann, an die heute Wiener Gemeindebauten in der Brigittenau und in der Leopoldstadt erinnern. Ackermann (1898–1991), der sich im Zentralrat der kaufmännischen

Angestellten Österreichs engagierte, 1938 fliehen musste und sich in den USA ein neues Leben aufbauen konnte; und Bermann (1868–1943), der 1892 den Verein kaufmännischer Angestellter, den Vorläufer der Gewerkschaft der Privatangestellten, mitbegründete und schließlich in Theresienstadt ermordet wurde. Die beiden blieben allerdings vorrangig als Sozialdemokraten und Gewerkschafter im Gedächtnis.

Selbstbestimmung und Fremdschreibung: Ohne sich mit dieser Fragestellung auseinanderzusetzen, ist keine Antwort auf die Ursachen für diese Lücke in der historischen Aufarbeitung möglich. Es ist ein Unterschied, ob man einer Religionsgemeinschaft angehört, oder ob man diesen Glauben auch tatsächlich praktiziert und sich diesem zugehörig fühlt. Laut jüdischem Religionsgesetz, der Halacha, ist Jude oder Jüdin, wer von einer jüdischen Mutter zur Welt gebracht wurde. Alternativ kann man konvertieren, was in diesem Zusammenhang aber keine bedeutende Rolle spielt.



In der Leopoldstadt erinnert der Julius-Bermann-Hof an den 1943 in Theresienstadt ermordeten Gewerkschafter, einem der Väter der heutigen GPA-djp.

Beschäftigt man sich nun mit der Zeit vor 1938, so geht dies nicht, ohne sich die Rassenpolitik der Nationalsozialisten zu vergegenwärtigen. Immerhin waren viele Juden und Jüdinnen assimiliert, weshalb die Zugehörigkeit zum jüdischen Glauben für sie keine oder keine wesentliche Rolle spielte. Sie wurden von den Nazis sozusagen erst wieder zu Juden und Jüdinnen gemacht oder besser gesagt: gebrandmarkt – mit der beispiellosen Verfolgung, Deportation und Ermordung als Folge. Mit welchem Recht markiert man also rückwirkend GewerkschafterInnen als jüdisch, die diese Bezeichnung für sich vielleicht sogar zurückgewiesen hätten?

Jüdische GewerkschafterInnen?

Anders gefragt: Wer ist aus heutiger Perspektive ein jüdischer Gewerkschafter, eine jüdische Gewerkschafterin? Nicht umsonst scheiden sich auch unter ExpertInnen die Geister. „Ich weiß nicht, ob man von jüdischen Gewerkschaftern sprechen kann, außerhalb eines jüdischen Kontexts, einer jüdischen Arbeiterbewegung“, betont der Politikwissenschaftler und Soziologe John Bunzl im Gespräch mit der Arbeit&Wirtschaft.

Nach Lektüre seiner 1975 erschienenen Arbeit „Klassenkampf in der Diaspora. Zur Geschichte der jüdischen Arbeiterbewegung“ wird klar: Eine solche gab es vor allem in Osteuropa, zur Zeit der Monarchie in Österreich daher

fast nur in Galizien. Die jüdische Arbeiterbewegung bezog ihre Identität weniger aus der Religionszugehörigkeit, sondern vielmehr aus der Sprache, dem Jiddischen, erklärt Bunzl. Anders als ZionistInnen wollte man sich im bisherigen Lebensumfeld behaupten. Das beschreibe der jiddische Begriff „Doigkeit“, was so viel bedeutet wie „hier sein, da sein“.

Eine zentrale Rolle kam dabei der 1897 gegründeten Bewegung „Bund“ zu. Im heutigen Österreich hat der Bund allerdings kaum nachhaltige Spuren hinterlassen. Bunzls These dazu hat mit Sprache zu tun: „Weil Jiddisch dem Deutschen so ähnlich ist, war der Übergang vom Jiddisch Sprechenden in den Deutsch Sprechenden Kontext viel leichter.“ Aufgrund der sprachlichen Nähe haben sich Juden und Jüdinnen hierzulande also nicht in eigenen Jiddisch Sprechenden Gewerkschaften zusammengeschlossen, sondern in bestehende integriert.

Aber es gab auch in Wien kleine Gruppen, die sich als Vertretung der jüdischen Arbeiterbewegung verstanden. Ihnen spürte der Historiker und Judaist Thomas Soxberger in seinem 2013 erschienenen Buch „Revolution am Donaukanal“ nach. Demnach standen sich in Wien zwei Gruppen gegenüber: Jene, die dem Bund nahestanden und jene, die für die Auswanderung nach Palästina eintraten (die Poale-Zion-Ideologie). Gemeinsam war den beiden Bewegun-

gen, dass sie für jüdische Autonomie und die Anerkennung der jiddischen Sprache eintraten. In beiden Fraktionen gab es Kräfte, welche die Annäherung oder das Aufgehen in der kommunistischen Partei anstrebten. Ansonsten konkurrierte man ideologisch.

Linker Rand

Für Poale Zion war etwa auch der Schriftsetzer Leo Rothziegel (1892–1919) aktiv. Er erhielt beim Druckerstreik 1913 die erste von vielen Gefängnisstrafen, wie Peter Haumer in seinem 2017 erschienenen Band mit dem Titel „Bitte schicken Sie uns einige Maschinengewehre und Zigaretten“ festhält. 1918 stieß der Revolutionär zur radikal linken Wehrgruppe „Rote Garde“, die von Egon Erwin Kisch und Bernhard Förster gegründet worden war und nach russischem Vorbild eine Rätediktatur anstrebte.

Grundsätzlich hält Soxberger aber fest: „Die jüdische Arbeiterbewegung in der Leopoldstadt und in der Brigittenau beschränkte sich auf kleine Zirkel, die ideologisch eher am linken Rand der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei angesiedelt waren.“

In der Sozialdemokratie selbst finden sich einige jüdische VertreterInnen und ebenso in den freien Gewerkschaften. Sie lebten meist aber kein religiöses Leben, waren assimiliert und einige von ihnen verstanden sich auch nicht mehr als Juden und Jüdinnen. Für Bunzl stellt

sich daher die Frage, „warum man auf die jüdische Identität hinweist. War es ihre eigene Identität?“

Denn an jenen, die mit der Fremdzuschreibung arbeiten, mangelt es nicht: Neben den Antisemiten, die dies aus niederen Motiven tun, gibt es auch jüdische PatriotInnen oder NationalistInnen, „die unbedingt überall herausfinden wollen, ob er oder sie Jude oder Jüdin war, um ihn oder sie für das Judentum zu vereinnahmen“, so Bunzl. Er ergänzt: „Ich glaube, beides ist nicht ganz kosher.“ Man müsse also klarstellen: Er oder sie war von der Herkunft her jüdisch, nicht aber vom Selbstverständnis. Die Historikerin Brigitte Pellar kommt zu einem anderen Schluss.

Zwar betont auch sie, dass sich die meisten GewerkschafterInnen jüdischen Glaubens nicht als solche wahrnahmen, es von daher problematisch ist, sie nun rückwirkend als jüdisch zu definieren. Zugleich betont sie aber: „In der historischen und politischen Einschätzung können wir auf jeden Fall nicht mehr hinter den Holocaust zurück.“ Dem ist viel abzugewinnen, sieht man sich die Biografien von Gewerkschaftern wie Bermann oder Ackermann an.

Der Nationalsozialismus brachte einen Bruch in den jeweiligen Biografien. Bloß eins muss auch festgehalten werden: Ihre Verfolgung war nicht, wie dies in historischen Abrissen der Gewerkschaftsbewegung, aber auch auf entspre-

chenden Gedenktafeln bis heute insinuiert wird, nur auf ihr politisches Engagement als Sozialdemokraten oder Gewerkschafter zurückzuführen. Diese Männer wurden auch rassistisch verfolgt. Pellar verweist zudem auf den Umstand, dass auch Gewerkschafter wie **Hugo Breitner** (1873–1946), der sich weder zum religiösen noch zum **zionistischen** Judentum bekannte, antisemitischen Angriffen ausgesetzt waren. Die jüdische Herkunft spielte also im Umfeld sehr wohl eine Rolle.

Die Historikerin Anna Staudacher publizierte 1988 unter dem Titel „Sozialrevolutionäre und Anarchisten“ zu frühen ArbeiterInnenorganisationen in der Monarchie. Darin hielt sie fest: „Jüdische Arbeiter hatten in dieser Zeit noch keine eigenen Organisationen, sie traten den lokalen Arbeitervereinen und Gewerkschaften bei. Manche verließen ihre Religionsgemeinschaft, legten ihre jüdische Identität ab, andere behielten sie. Der Anteil jüdischer Arbeiter am Aufbau der frühen österreichischen Arbeiterbewegung wurde bis jetzt – wohl aus politischen Gründen, in der Befürchtung, man könne dadurch der Sache schaden – kaum untersucht.“

Erkleckliche Anzahl

Im Jahr 2017 riss Historikerin Brigitte Pellar das Thema in einem Beitrag mit dem Titel „Organisatoren, Kommunikatoren, Kämpfer – Juden als Funktionsträger der Freien Gewerkschaften“ grob an. Der Beitrag war Teil einer Festschrift des DÖW. Pellar spürte dafür bereits eine erkleckliche Anzahl von Gewerkschaftern jüdischer Herkunft auf – Frau befindet sich keine darunter, was nicht bedeutet, dass es keine gab. Hier bedarf es ebenso wie zu dem gesamten Thema noch eingehender wissenschaftlicher Recherchen.

Bereits Pellars Beitrag konterkariert allerdings die Darstellung, wonach Juden und Jüdinnen in der Arbeiterbeziehungsweise Gewerkschaftsbewegung keine Rolle gespielt hätten. So heißt es etwa in der Victor-Adler-Biographie von Max Ermers aus dem Jahr 1932: „Die österreichische Arbeiterbewegung war sonderbarer Weise bis zur Zeit Victor Adlers fast ganz judenfrei.“ Diese These



Der Manfred-Ackermann-Hof in Wien-Brigittenau. Dem Gewerkschafter und Sozialdemokraten gelang in der NS-Zeit die Flucht in die USA – in den 1960er-Jahren kehrte er jedoch wieder nach Österreich zurück.



Manfred Ackermann leitete ab 1923 die Jugendsektion des Zentralvereins der kaufmännischen Angestellten Österreichs (heute GPA-djp). Er baute sie zu einer der stärksten und schlagkräftigsten Jugendgruppen auf.

© Verein für Geschichte der ArbeiterInnenbewegung

war auch noch in den Jahrzehnten nach 1945 lange verbreitet. Noch im Jahr 1982 habe sie der Publizist **Leopold Spira** in seiner Arbeit „Feindbild ‚Jud‘“ übernommen, in der er „100 Jahre politischen Antisemitismus in Österreich“ thematisierte. Neben der Frage nach Selbst- und Fremdzuschreibung spielt noch ein weiteres Missverständnis, um nicht zu sagen Vorurteil, eine Rolle. Denn im Rückblick werden Juden und Jüdinnen meist als Selbstständige und nicht in erster Linie als ArbeiterInnen gesehen. Auch dieses Bild bedarf einer Korrektur.

Vorurteile

Historikerin Pellar etwa verweist auf einen Vergleich der Berufsstrukturen der jüdischen und nichtjüdischen Erwerbstätigen Wiens im Jahr 1910. Tatsächlich sei der Anteil der Selbstständigen in der jüdischen Bevölkerung höher gewesen. „Aber im-

merhin sind doch fast 62 Prozent Unselbstständige unter den Erwerbstätigen in Industrie und Handwerk ausgewiesen“. Und in der Leopoldstadt, dem Bezirk mit dem höchsten Anteil an jüdischer Bevölkerung, seien um 1900 ein Fünftel bis ein Viertel der Menschen ArbeiterInnen gewesen.

Und daher gab es sie auch, die jüdischen ArbeiterInnenvertreter. Die Suche nach ihnen gestaltet sich allerdings wie eine Schnitzeljagd. Die jüdische Herkunft bleibt oftmals unerwähnt, erst bei Konsultation verschiedener Quellen kommt man ihr auf die Spur. Julius Weiss (1880–1939) beispielsweise war ab 1918 Obmann der Gewerkschaft der Chemiarbeiter. Nach 1934 betätigte er sich illegal in der Gewerkschaftsbewegung. Nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten wurde er nach Buchenwald deportiert, wo er ermordet wurde. In der Metallergewerkschaft finden sich gleich zwei bedeutende Män-

ner, die jüdischer Herkunft waren. Einer von ihnen war Paul Johannes Schlesinger (1874–1945).

Gedenktafel ohne Glauben

Auch er wurde schließlich von den Nazis ermordet. Nach Wanderjahren als Geselle in mehreren europäischen Ländern kam der Feinmetaller im Jahr 1905 nach Wien zurück und wurde hier zum Sekretär des Österreichischen Metallarbeiterverbandes gewählt. Später wurde er Bezirksvertrauensobmann für die Metallarbeiter der Bezirke Mödling, Baden und Wiener Neustadt. In Wiener Neustadt ist ihm denn auch der Paul-Johannes-Schlesinger-Hof gewidmet, in dem er jahrelang wohnte. Das Erstaunliche: Auf einer Gedenktafel am Gemeindebau bleibt seine jüdische Herkunft unerwähnt. Auch auf der Parlamentshomepage – er war Nationalratsabgeordneter

– fehlt diese Information bis heute. In Wiener Neustadt wurde dem von den Nazis Ermordeten allerdings ein Stolperstein gewidmet. Auf der historischen Seite zur jüdischen Gemeinde Wiener Neustadt wird als Begründung für dieses Denkmal „jüdischer Bürger“ angegeben.

Einer der Gründer der Metallarbeitergewerkschaft war der Schlosser Heinrich Beer, dem es am Ende nichts nutzen sollte, dem Judentum den Rücken gekehrt zu haben. Er wurde in Theresienstadt ermordet. Er war zuvor Präsident der Metallarbeitergewerkschaft gewesen und – wie Schlesinger – sozialdemokratischer Politiker: Er gehörte dem Reichsrat als Abgeordneter an.

Gründer

Aber natürlich gab es auch die anderen, die intellektuellen und Angestellten-gewerkschafter wie den Buchhalter Karl Pick (1867–1938), auch er Sozialdemokrat. Er war an der Gründungsversammlung des Vereins kaufmännischer Angestellter beteiligt.

Er kämpfte in der Folge für den Zusammenschluss der verschiedenen Gewerkschaftsvereine, was 1904 zur Gründung des Zentralvereins der kaufmännischen Angestellten Österreichs führte, dessen Obmann er bis zum Verbot 1934 blieb. 1938, bereits nach dem „Anschluss“ Österreichs an NS-Deutschland, stürzte er und brach sich eine Hüfte. Er wurde im Kaufmännischen Spital, das er Jahre zuvor mitbegründet hatte, aufgenommen, durfte jedoch, da er Jude war, nur am Gang liegen. Pick starb nach zwei Wochen in dem Hospital.

Richard Robert Wagner (1888–1941), der Staatswissenschaften und Literatur studiert hatte, war Redakteur des „Aufstieg“, der Zeitschrift der Gewerkschaft der Bekleidungsarbeiter. Außerdem unterrichtete er an der Wiener Gewerkschaftsschule, wie die Theodor Kramer Gesellschaft in einem Eintrag festhält. Viktor Stein (1876–1940) war Redakteur der Wochenzeitung „Der Metallarbeiter“, er war sowohl bei der Metallarbeitergewerkschaft als auch der Arbeiterkammer angestellt und saß laut Parlamentshomepage viele Jahre für die Sozialdemokraten im Nationalrat. Und dann war da noch Heinrich Allina



Gewerkschafter mit jüdischem Hintergrund (v. l. n. r.): Kurt Pick, Heinrich Beer, Paul Johannes Schlesinger

(1878–1953), der mit Hugo Breitner an der gewerkschaftlichen Organisierung der Bank- und SparkassenbeamtenInnen beteiligt war, wie das Wien Geschichte Wiki dokumentiert. Allina konnte in der NS-Zeit nach London emigrieren und kehrte später nach Österreich zurück, wo er auch erneut in den Nationalrat gewählt wurde.

Alfred Magaziner würdigte 1985 in seinem Band „Die Bahnbrecher“ VertreterInnen der ArbeiterInnenbewegung in kurzen Porträts. Der letzte Eintrag, „Die Entstehung einer Gewerkschaft“, ist Julius Bermann gewidmet. Geschildert wird sein Kampf um kürzere Sonntagsarbeit für die Handelsangestellten, aber auch sein Bemühen um einen gemeinsamen gewerkschaftlichen Kampf von ArbeiterInnen und Angestellten.

Wie bei den meisten anderen hier Vorgestellten findet sich der Hinweis auf Bermanns Judentum in Magaziners Buch lediglich rund um seinen Tod. „Nach dem Untergang der Ersten Republik hat Julius Bermann zurückgezogen im 2. Wiener Bezirk gelebt. Im Jahre 1949 kam er in das jüdische Altersheim in der Seegasse im 9. Wiener Bezirk. Von dort wurde er am 24.9.1940 mit einem Massentransport in das Konzentrationslager Theresienstadt überführt. Dort ist er 1945 umgekommen.“

Jüdisches Erbe?

Wie empfanden er und Ackermann, Allina und Wagner, Schlesinger und Beer die jüdische Herkunft? War sie Last, war sie Selbstverständlichkeit? Wie floss das jüdische Erbe in das Wirken als Kämpfer

für ArbeitnehmerInnenrechte ein? Wie waren ihre Erfahrungen mit Antisemitismus, wie wurden sie von ihrer Umwelt wahrgenommen: als Sozialdemokraten, als Gewerkschafter, auch als Juden, oder wurde dieser Aspekt ausgeblendet? Eine wissenschaftliche Arbeit dazu wäre wünschenswert.

Assimilierung

Otto Bauer, der große Vordenker der Sozialdemokratie, der selbst bis zu seinem Tod dem Judentum verbunden blieb, plädierte lange für die Assimilation. In seiner Arbeit „Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie“ schrieb er zur Frage einer nationalen Autonomie von Juden und Jüdinnen: „So vermag die heutige Wissenschaft nicht zu entscheiden, ob das Aufgehen der Juden nicht nur in der Kulturgemeinschaft, sondern auch in der Naturgemeinschaft der anderen Nationen für die folgenden Geschlechter vorteilhaft sein wird oder nicht.“

Ähnliches hat höchstwahrscheinlich für das Gros der anderen sozialdemokratischen PolitikerInnen und auch GewerkschafterInnen jüdischer Herkunft gegolten. Bauer starb 1938. Das Wissen um die Schoa hat alles verändert.

Weitere Informationen:
tinyurl.com/ycepn05k
www.dasrotewien.at

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
alexia.weiss@yahoo.com
 oder die Redaktion
aw@oegb.at



Verantwortungsverlagerung

© Georg Hochmuth / APA / picturedesk.com

1968 wurde die Arbeitsmarktverwaltung auf neue Beine gestellt. Arbeitslosigkeit wurde als gesellschaftliches Problem gesehen, nicht als privates Versagen.

Christian Bunke
Freier Journalist

Arbeitslosigkeit sei vor allem selbstverschuldet: So lautet ein oft gehörtes Dogma, welches von Regierung, Industriellenvereinigung und vielen Medien regelmäßig verbreitet wird. Wer nicht arbeitet, mit dem oder der muss etwas nicht in Ordnung sein. Wahrscheinlich ist er oder sie faul. Folgerichtig müssen Menschen, die derzeit keiner Erwerbsarbeit nachgehen, durch Druck auf den rechten Pfad zurückgeholt werden.

Vollbeschäftigung als Ziel

Diese Auffassungen sind heute politischer Mainstream. Das aber war nicht immer so. Im Jahr 1968 wurde nach langen, erbitterten politischen Debatten das Arbeitsmarktförderungsgesetz beschlossen.

Dieses Gesetz sollte die staatliche Arbeitsmarktverwaltung dazu verpflichten, für die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung in Österreich zu sorgen und neue Arbeitslosigkeit zu verhindern.

Tauziehen

Der damalige Ansatz war ein anderer als heute: Arbeitslosigkeit wurde als ein gesellschaftliches und wirtschaftliches Phänomen verstanden und nicht als das private Problem der von Erwerbslosigkeit betroffenen Menschen. Darüber, wie die Ursachen der Arbeitslosigkeit zu definieren sind und wessen Schultern deren Last zu tragen haben, wurde im Vorfeld des Inkrafttretens des Gesetzes heftig gestritten.

Damals ging es, wie heute auch, im Wesentlichen um Verteilungsfragen: Wer soll für die Kosten der Arbeitskräftevermittlung aufkommen? Wer hat die ge-

sellschaftliche Kontrolle darüber, wie diese vonstattengehen soll? Bis in die 1960er-Jahre hinein versuchten die österreichischen Gewerkschaften mehr Einfluss auf die Arbeitsvermittlung zu bekommen und sie somit der Zuständigkeit der UnternehmerInnen zu entreißen.

In diese Richtung zielten auch Forderungen nach einer Meldepflicht für offene Arbeitsplätze durch die Unternehmen. Außerdem wollten die Gewerkschaften, dass die „wirtschaftliche Entwicklung“ als eine Ursache für Massenarbeitslosigkeit im Gesetz festgeschrieben werden sollte. Beides wurde durch Interventionen des Unternehmerlagers in der ÖVP verhindert. Ebenso wurde verhindert, dass der Staat Budgetmittel lockermachen durfte, um öffentlich geförderte neue Jobs zu schaffen.

Das Arbeitsmarktförderungsgesetz des Jahres 1968 war ein Spiegelbild damaliger Kräfteverhältnisse. In den fol-

genden Jahrzehnten sollten diese immer weiter zuungunsten in Österreich arbeitender Lohnabhängiger verschoben werden. In den 1970er-Jahren gerieten die europäischen Staaten wirtschaftlich ins Schleudern. Die Unternehmerseite nutzte diese Krise, um die soziale Verantwortung für Erwerbslosigkeit auf die Betroffenen abzuwälzen. Arbeitslosigkeit war laut der damals aufkommenden neoliberalen Sichtweise nicht mehr das Ergebnis struktureller Defizite, sondern das Resultat individuellen charakterlichen Versagens.

Neoliberale Umgestaltung

Es begann eine bis heute andauernde Umgestaltung der Sozialsysteme zuungunsten lohnabhängiger Menschen. Waren es bis Mitte der 1960er-Jahre die Gewerkschaften, die versuchten, ihre Interessen geltend zu machen und womöglich auch auf den privaten Sektor auszudehnen, traten nun Privat- und Marktinteressen auf den Plan. Die Sozialpolitik wurde zunehmend der Wirtschaft untergeordnet.

Das spiegelt sich selbst in der Sprache neuer, zu diesem Zweck erlassener Gesetze wider. 1994 wurde das sogenannte „Arbeitsmarktservicegesetz“ eingeführt. Aus der staatlichen Arbeitsmarktverwaltung wurde das „Arbeitsmarktservice“ AMS. Maßnahmen zur Sicherung der Vollbeschäftigung waren nun out. Bereits in den 1980er-Jahren wurde mit der auch in den Boulevardmedien befeuerten Kampagne gegen derlei Steuerungsinstrumente begonnen. Folgerichtig und ganz im Stil neoliberaler Politik war das 1994 gegründete AMS keine staatliche Behörde mehr, sondern ein ausgegliedertes Unternehmen. Unternehmenszweck war nicht mehr die Vollbeschäftigung, sondern die „Aufklärung“ der Arbeitslosen über deren angeblich verpasste Jobchancen.

Diese Politik ist bis heute durch eine stetig eskalierende Spirale aus Mittelkürzungen und Repression gekennzeichnet. Schon in den 1980er-Jahren wurden Lohnersatzleistungen für Erwerbslose beschnitten. Mit Gründung des AMS kam dieser Trend richtig in Fahrt. In einem Papier für das Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften von Thomas Lankmayer und Rudolf

Moser heißt es: „Seit den 1990ern wurden Strategien der ‚Restriktion und Sanktionen‘ stärker ausgebaut und der Bezug von Arbeitslosengeld wurde dahingehend erschwert, dass verstärkte Eigeninitiative bei der Arbeitsplatzsuche eingefordert, die Zumutbarkeitsbestimmung für Arbeitslose erweitert und Sanktionen bei vermuteter Arbeitsunwilligkeit ausgeweitet wurden. Die Zahl der Sperren des Arbeitslosengeldes wegen Vereitelung der Arbeitsaufnahme aufgrund von Arbeitsunwilligkeit oder Versäumnens eines Kontrolltermins hat sich zwischen 1995 und 2005 verfünffacht.“

Seit 2005 müssen sich Arbeitslose beim AMS zum „Nachweis aktiver Arbeitssuche“ verpflichten. 2011 wurde die „Bedarfsorientierte Mindestsicherung“ beschlossen; Teil des Gesetzes war es, „arbeitsfähige“ SozialhilfeempfängerInnen für den Arbeitsmarkt zu „aktivieren“. 2012 folgte das „Sozialrechts-Änderungsgesetz“, welches laut Lankmayer und Moser die Absicht verfolgt, „Menschen länger gesund im Erwerbsleben zu halten und krankheitsbedingte Pensionierungen zu vermeiden (...). Dabei soll vor allem die Arbeitsmarktintegration von Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen verstärkt gefördert werden.“

Für derartige Förderungen werden seit Mitte der 1990er-Jahre verstärkt private Träger engagiert, die mit der Durchführung sowohl von Schulungen als auch Repressionsmaßnahmen beauftragt werden. Finanziert werden diese Träger zu großen Teilen aus dem AMS-Budget, welches allerdings immer mehr zusammengespart wird.

Kickls digitaler AMS-Betreuer

Schon die schwarz-blaue Regierung des Jahres 2000 nutzte Kürzungen beim AMS, um ein Nulldefizit zu finanzieren. Für 2018 hatte die neue Regierung angekündigt, das AMS-Budget von 1,94 Milliarden Euro auf 1,4 Milliarden Euro zusammenzustutzen. Erste Opfer hat die neue Politik bereits gekostet, nämlich Erwerbslose im Alter über 50 sowie junge Menschen bis 25. Die Aktion 20.000 zur Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt sowie die Ausbildungsgarantie bis 25 sind ersatzlos weggefallen. Auch Menschen mit Migra-

tionshintergrund werden zur Zielscheibe. Die Mittel für das sogenannte Integrationsjahr, mit dem unter anderem Deutschkurse und Qualifizierungsmaßnahmen finanziert werden, wurden von 100 Millionen auf 50 Millionen Euro gekürzt. Komplettiert wird dieses Bild durch die Legalisierung des 12-Stunden-Arbeitstages. Während Erwerbslosen das Leben schwer gemacht wird, lässt man jene, die noch einen Job haben, bis zur Erschöpfung arbeiten.

Spezialeinheit gegen Schwache

Trotz oder gerade wegen dieser Einsparungen wird weiter an der Repressions-schraube gedreht. Innenminister Herbert Kickl kündigte im Oktober die Gründung einer „Spezialeinheit“ an, die Jagd auf angebliche „Sozialbetrüger“ machen soll. Damit sind allerdings keine reichen Steuerhinterzieher, sondern auf staatliche Unterstützung angewiesene Menschen gemeint.

Auch das AMS rüstet auf. Ein neues Computerprogramm soll zukünftig Arbeitslose in drei Kategorien einteilen und automatisch beschließen, wer niedrige, mittlere oder hohe Chancen am Arbeitsmarkt hat. Dass ausgerechnet jene, die ohnehin schon schlechte Chancen am Arbeitsmarkt haben, dadurch geradezu abgeschrieben werden könnten, sorgte für einen Aufschrei. Fraglich ist aber insgesamt, ob die neue Politik geeignet ist, die Arbeitslosigkeit auch wirklich zu bekämpfen. Denn Fakt ist: Es gibt schlichtweg nicht genug offene Stellen, sodass wirklich alle Arbeitslosen einen Job finden könnten.

Eveline Wollner: Der Herr Handelsminister hat 100%ig njet gesagt
tinyurl.com/ydyz7wj

Thomas Lankmayer und Rudolf Moser: Der Sozialstaat im Wandel
tinyurl.com/ya46n8kk

Roland Atzmüller: Die Entwicklung der Arbeitsmarktpolitik in Österreich
tinyurl.com/ybtphols

Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor
christian@bunke.info
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Revolution light

Zwar hat die 68er-Bewegung in Österreich nicht so große Wellen geschlagen, doch sie war Startschuss für viele Reformen und gesellschaftliche Veränderungen.

Astrid Fadler
Freie Journalistin

New York im April 1967: 300.000 Menschen protestieren gegen die amerikanischen Bombenangriffe auf Nordvietnam. Rund ein halbes Jahr später finden in der Hauptstadt Washington Großdemonstrationen statt. Im Frühling 1968 erreicht die Protestwelle auch in Europa ihren Höhepunkt. In Frankreich eskalieren die Studentenproteste, Barrikaden werden errichtet und Autos in Brand gesteckt. Die Polizei geht derart brutal gegen demonstrierende StudentInnen vor, dass sich die Bevölkerung und ArbeiterInnen mit ihnen solidarisierten. Ein Generalstreik, an dem sich zwei Millionen Menschen beteiligen, lähmt wochenlang das Land.

Unter den Talaren ...

Während also in Frankreich bürgerkriegsähnliche Zustände herrschen, in Deutschland ein Student von einem Polizisten erschossen wird (der sich später als Stasi-Mitarbeiter entpuppt) und aus manchen protestierenden Studierenden später (RAF-)TerroristInnen werden, läuft in Österreich alles vergleichsweise friedlich ab. Proteste sind hauptsächlich auf Wien beschränkt. Für Aufregung (und Publicity) sorgt vor allem ein Teach-in an der Universität im Hörsaal 1 im Juni 68, das bis heute auch als „Uni-Ferkelei“ bekannt ist. Unter dem Titel „Kunst und Revolution“ zeigen Wiener Aktionisten, darunter Günter Brus, Otto Mühl und Peter Weibel, Nacktheit, Masturbation, „Verrichten der großen Notdurft“ und Auspeit-

schen – und dies alles auch noch unter Verwendung staatshoheitlicher Symbole wie der Nationalflagge und der Bundeshymne.

Fritz Keller, Jahrgang 1950, war damals im **Verband Sozialistischer Mittelschüler** (VSM) aktiv. „Happenings und ähnliche Aktionen hatte es in Wien ja auch vor 1968 schon einige gegeben“, erinnert er sich. „Für mich war das weniger politische Aktion als bloße Provokation. Doch vielleicht war es ja die einzige Möglichkeit, breite Aufmerksamkeit zu erregen und das österreichische Neurosenfeld zu sprengen.“

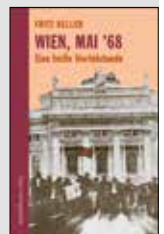
... der Mief von tausend Jahren

Tatsächlich waren die Unruhen im Mai 1968 nicht die ersten in Österreich, denn Reformen waren längst überfällig. Das Familienrecht stammte aus dem vorigen Jahrhundert, Ehebruch und Homosexualität waren strafbar, Wehrdienstverweigerung unmöglich, das Bildungssystem war veraltet. Die 1950er-Jahre waren eine politisch und gesellschaftlich bleierne Zeit. „Österreich war erstarrt, fast undemokratisch“, schreibt der Historiker Manfred Rauchensteiner in seinem aktuellen Buch. Vor allem junge Gebildete kritisierten die autoritären Strukturen und den repressiven Staat.

Die Jugendbewegung erwachte: Bereits 1965 kam es zu Demos gegen den Vietnamkrieg und gegen den WU-Professor Taras Borodajkewycz, der in seinen Vorlesungen Nazi-Sprüche lieferte und der Liebling der rechten Studentverbindungen war, die damals die Studentenschaft dominierten. Vor allem an

BUCHTIPP

Fritz Keller:
Wien, Mai 68
Eine heiße Viertelstunde,
Mandelbaum Verlag
2008, € 19,90
ISBN: 978385476-255-3



Bestellung:
www.mandelbaum.at

den Unis gäbe es also auch hierzulande schon seit längerem. Beim Opernball 1968 warf die KPÖ-Jugend während der Eröffnungspolnaise Flugblätter auf die Tanzfläche. Doch man ließ sich damals die Stimmung (noch) nicht verderben. Ungerührt tanzten die Paare über Papiere mit dem Text: „Ein Abendkleid ist so viel wert wie zwei große Kisten hochwertiger Medikamente für napalmversengte Kinder“.

Repressionen

Das Attentat auf den StudentInnenführer Rudi Dutschke, die gewalttätigen Auseinandersetzungen in Paris, der Prager Frühling und der Vietnamkrieg – all das wollte die Jugend auch bei Großveranstaltungen thematisieren. Beim Fackelzug 1968 wurde ein Teil der DemonstrantInnen wegen Ho-Ho-Ho-Chi-Minh-Rufen von Polizei und Parteifunktionären abgedrängt und umgeleitet. Am nächsten Tag beim Mai-Aufmarsch wurden die Transparente sehr genau kontrolliert. Nachmittags kam es zu Tumulten, als die TeilnehmerInnen einer Kundgebung ein Blasmusikkonzert der Gemeinde Wien



störten. Sie verlangten von Bürgermeister Bruno Marek unter anderem eine Diskussion über den Beschäftigtenstand der Elektronikfirma Elin.

Trau keinem über 30

Die StudentInnenbewegung bewirkte eine massive Entfremdung zwischen Studierenden und Parteien. Um und nach 1968 entstanden immer wieder neue Splittergruppen, Aktionskomitees etc. Eine rege Szene links der SPÖ entstand. Der VSM, eigentlich als Kaderschmiede der SPÖ gedacht, stand immer häufiger im Gegensatz zur Mutterpartei. Neben dem gegenüber der SPÖ loyalen VSSrÖ entstand der Sozialistische Österreichische Studentenbund SÖS (Organisator der „Uni-Orgie“). Stärker als etwa in Deutschland engagierte sich in Österreich auch die künstlerische Avantgarde. **Robert Schindel**, Schriftsteller und aktives KPÖ-Mitglied, war Mitbegründer der „Kommune Wien“, dem radikalsten Teil der Studentenbewegung.

Es brodelte allerorts: In Happenings, Teach-ins, Sit-ins etc. wurde gefeiert, diskutiert und provoziert. Slogans der neuen Jugendbewegung wie „Trau keinem über 30“ zeigten nicht nur allgemeine Unzufriedenheit, sondern auch, dass Respekt vor Älteren nicht mehr selbstverständlich war.

Die Aufbruchstimmung hielt noch bis weit in die 1970er-Jahre an. Obwohl die 68er Tabuthemen wie Sexualität öffentlich machten, waren die Frauenrechte damals noch kaum Thema. Die in Wien legendäre linke Buchhändlerin Brigitte Salanda war damals beim SÖS

aktiv: „Zumindest dort war es nicht so, dass Frauen nur für Hilfsdienste wie Kochen und Tippen eingesetzt wurden. Da gab es durchaus Frauen, die sich immer wieder zu Wort gemeldet und weder gestrickt noch gekocht haben.“

Was von damals geblieben ist? „Es war eine schöne Zeit“, so Salanda, die vielen noch unter ihrem früheren Namen Herrmann bekannt ist. „Alle haben viel gelesen, was für mich als junge Buchhändlerin auch sehr positiv war. Das Gemeinschaftsgefühl war groß. Wir hatten fast täglich Kontakt und haben über alles diskutiert. Natürlich hatten wir auch viele Illusionen, was wir alles bewirken können, doch das ist normal. Ich gehöre nicht zu denen, die beklagen, dass wir kaum etwas erreicht hätten.“

Revolutionsharlekiner

Auch Fritz Keller ist keiner, der mit nostalgisch-verklärtem Blick zurückschaut. Auch klagt er nicht über mangelnde Erfolge. Erfreulich ist für ihn, dass sich durch die 68er-Bewegung der Umgang mit der NS-Zeit verändert hat.

Und er findet sogar in der jüngeren Vergangenheit eine positive Spätfolge, denn für ihn waren die Studierendenproteste 2009 eine logische Fortsetzung von 1968. „Die Audimax-Besetzung 2009 mit 24-Stunden-Streaming und Berichten in internationalen Medien hat gezeigt, dass Wien nicht mehr **Krähwinkel** ist.“

Und er erwähnt ein weiteres Novum: „Damals ist Sabine Oberhauser im Audimax gewesen und hat dort ihre Solidarität bekundet. Ich kenne sonst kein studentisches Ereignis, bei dem ein Spit-

zenfunktionär des ÖGB anwesend war.“ Es hat ja eigentlich schon fast Tradition, dass studentische Anliegen und Proteste bei den etablierten Parteien, PolitikerInnen, Gewerkschaften und meist auch beim Rest der Bevölkerung nicht so gut ankommen. Bruno Kreisky, der an sich der Studierendenbewegung nicht negativ gegenüberstand, bezeichnete sie dann auch schon mal als Revolutionsharlekiner.

Repressive Toleranz

Österreich sei, so Fritz Keller, schon immer ein Ort der ausgeprägten repressiven Toleranz gewesen. Und Bruno Kreisky war Großmeister darin, RevolutionärInnen in ReformistInnen zu verwandeln. Er habe damals „auffällige“ Personen zu sich nach Döbling eingeladen.

Dort hat er dann von seiner Bekanntschaft mit Che Guevara oder Ho Chi Minh erzählt. Und nach der Frage: „Und was machen wir jetzt mit dir?“, habe er eine Visitenkarte gezückt und gemeint: „Geh dorthin und sag, dass du von mir kommst“. Auf diese Weise wurden revolutionäre Wogen elegant geglättet. Immerhin folgten irgendwann tatsächlich Reformen, allerdings erst nach einigen Jahren: die Fristenlösung kam 1973, die Familienrechtsreform, das Zivildienst- und Universitätsorganisationsgesetz 1975.

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
afadler@aon.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Die Verstaatlichung der Verluste

Im Jahr 2008 stürzte das Ende des neoliberalen Märchens die Weltwirtschaft in eine ungeahnte Krise. Ihre Kosten wurden uns allen aufgebürdet.

Romana Brait

Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik
der AK Wien

Während des Wirtschaftsbooms zu Beginn der 2000er-Jahre schien die Welt noch in Ordnung. Der Wohlstand nahm nicht nur in den Industrieländern, sondern auch in vielen Schwellen- und Entwicklungsländern zu, wenngleich nicht alle davon – in gleichen Maßen – profitierten. Mit dem Neoliberalismus schien die **inhärente** Krisenanfälligkeit des Kapitalismus überwunden.

So erklärte beispielsweise der britische Schatzkanzler **Gordon Brown** in seiner letzten Budgetrede 2007: „Wir werden niemals in den alten Krisenzyklus zurückfallen.“ Knapp ein Jahr später, im September 2008, meldete Lehmann Brothers, vormals eine der weltweit größten Investmentbanken, Konkurs an. Die US-Immobilienblase war geplatzt und löste infolge die stärkste Rezession der Nachkriegszeit aus.

Die Ursachen der Krise

Während das Platzen der US-Immobilienblase als Auslöser der weltweiten Finanzkrise gilt, sind ihre Ursachen weiter zurück in der Geschichte zu suchen. Mit Beginn der 1980er-Jahre setzten sich zunächst in den USA, später auch in Europa vermehrt neoliberale Vorstellungen der Wirtschaftspolitik durch: Das Ziel der Vollbeschäftigung geriet in den Hintergrund, der Sozialstaat wurde zurückgebaut und gewerkschaftliche Handlungsspielräume eingeengt. Gleichzeitig

wurden Staatsbetriebe privatisiert und die Finanzmärkte dereguliert. Letzteres gilt als die erste von drei wesentlichen Ursachen, die maßgeblich zur Finanzkrise beitrugen: Die Liberalisierung der Finanzmärkte führte zum Abbau von Kontrollmechanismen und einer zunehmenden Instabilität, also höheren Schwankungen bei Wechselkursen und Finanzmarktanlagen.

Durch die verstärkte Ausrichtung auf den Shareholder-Value kam es zu einer Spirale der wechselseitigen Überbietung von – kurzfristigen – Gewinnzielen. Dies wiederum beförderte riskantere Anlagestrategien.

Steigende Ungleichheit

Zweitens beförderte die steigende wirtschaftliche Ungleichheit das enorme Wachstum der Finanzmärkte. Zum einen polarisierte sich die Einkommensverteilung und erreichte etwa in den USA ähnliche Werte wie vor der Großen Depression in den 1920er-Jahren. Zum anderen sank die Lohnquote (der Anteil der Löhne am gesamtwirtschaftlichen Einkommen) zugunsten der Unternehmensprofite. Die höheren Profite führten jedoch nicht zu höheren Investitionen der Unternehmen, sondern wurden vermehrt auf den Finanzmärkten angelegt.

So stieg das Weltsozialprodukt von 1980 bis 2006 von 10,1 Billionen US-Dollar auf 48,3 Billionen US-Dollar, während das akkumulierte Finanzvermögen im gleichen Zeitraum von zwölf Billionen US-Dollar auf 167 Billionen US-Dollar anwuchs. Drittens führte die zunehmende Ungleichheit zu einer

BUCHTIPP

Adam Tooze:

Crashed

Wie zehn Jahre Finanzkrise die Welt verändert haben.

Siedler Verlag

2018, € 39,10

ISBN 978-3-8275-0085-4



Bestellung:

www.besserewelt.at

Nachfrageschwäche, denn der Konsum wird zu wesentlichen Teilen aus Lohn-einkommen gespeist. Diese Nachfrageschwäche versuchten einige Länder (etwa Deutschland, Österreich) über Exportüberschüsse auszugleichen. Diesen durch Exporte generierten Leistungsbilanzüberschüssen stehen jedoch entsprechende Defizite in anderen Ländern wie etwa den USA gegenüber.

In diesen Ländern stiegen der Konsum und folglich auch das Wachstum aufgrund einer zunehmenden Verschuldung der privaten Haushalte weiter an.

Neoliberale Probleme

Die Finanzkrise förderte die Probleme des neoliberalen Wirtschaftssystems offen zutage. In Europa versuchten die Eliten die Krise als amerikanisches Problem darzustellen. Die hausgemachten Probleme etwa im spanischen und irischen Immobilienmarkt oder die hohe Verschuldung in Griechenland werden dabei jedoch ebenso ignoriert wie die Involvierung europäischer (Groß)Banken in das Spekulationscasino rund um die US-Hypo-

thekarkredite. Schlussendlich waren die Auswirkungen der Krise sowohl dies- als auch jenseits des Atlantiks gravierend.

Um die vollständige Implosion des Finanzsystems zu verhindern und den Konjunkturereinbruch abzumildern, wurden riesige Bankenrettungspakete geschnürt und Konjunkturstützungsmaßnahmen eingeleitet. Allein die Kosten für die Bankenpakete beliefen sich im Euroraum bislang auf 219,3 Milliarden Euro bzw. 644 Euro je EinwohnerIn. Für Österreich ist die Belastung mit 14,1 Milliarden Euro bzw. 1.607 Euro je EinwohnerIn mehr als doppelt so hoch.

Fatal, aber notwendig

Die umfassenden und prompten Staatsstützen für den Finanzsektor waren ebenso fatal wie notwendig: Einerseits konnte 2008 niemand abschätzen, welche Konsequenzen ein vollständiger Zusammenbruch des Finanzsektors auf Wirtschaft und Gesellschaft haben würde. Andererseits wurden den VerursacherInnen der Misere relativ rasch enorme Summen an Steuergeldern zur Verfügung gestellt. Die Finanzkrise wurde zur Staatsschuldenkrise und trieb einige Staaten – wie etwa Griechenland, Irland oder Spanien – an den Rand des wirtschaftlichen Ruins.

Die politische Macht des Finanzsektors und seiner ProfiteurInnen zeigte sich im Umgang mit den Krisenfolgen weitaus stärker als in der unmittelbaren Krisenbekämpfung. Zum überwiegenden Teil wurden jene, die die Krise verursacht hatten, weder juristisch noch wirtschaftlich zur Verantwortung gezogen.

Mittels Steuern auf große Vermögen oder Finanztransaktionen hätten nicht nur die KrisenverursacherInnen, sondern auch jene, die in den Boomjahren davor vom anschwellenden Finanzsektor profitierten, zur Kasse gebeten werden können. In Österreich müsste die eingeführte Bankenabgabe allerdings noch weitere 90 Jahre eingehoben werden, um die budgetären Kosten der Krise auszugleichen.

Stattdessen wurde die Krise in Europa vor allem über öffentliche Sparmaßnahmen an die große Mehrheit der Bevölkerung weitergegeben. Angesichts schwacher Investitionen dämpfte die Sparpolitik das Wirtschaftswachstum

und erhöhte die Arbeitslosigkeit. Auf dem Finanzsektor wurden die Regulierungen in der EU im Zuge der Krisenbekämpfung verschärft, ein grundlegender Paradigmenwechsel blieb jedoch aus. So müssen Banken nun höhere Eigenkapitalquoten erfüllen, wodurch sie ihre Geschäfte mit einem höheren Anteil ihrer eigenen Einlagen tätigen müssen. Allerdings fehlt weiterhin eine Strukturreform mit einer stärkeren Trennung der Risiken des Investmentbankings vom Geschäftsbankenbetrieb.

Wie viel die Änderungen tatsächlich bewirken, wird sich aber wohl erst mit der nächsten Finanzkrise herausstellen. Seit 2016 gewinnt die Konjunktur in Österreich wieder an Fahrt und lässt die Steuereinnahmen kräftig ansteigen. Dadurch sinkt die Staatsschuldenquote und wird bereits in drei Jahren wieder unter dem Vorkrisenniveau von 2007 liegen.

Lügen gestraft

Während die budgetären Effekte der Finanzkrise in Österreich langsam überwunden werden, bleibt die erhöhte Arbeitslosigkeit bestehen. Für Österreich wie für den gesamten Euroraum gilt: Nach wie vor liegt die Zahl der Arbeitslosen – auch im aktuellen Konjunkturoptimum – über dem Niveau vor der Wirtschaftskrise 2008.

Die Finanzkrise strafte das neoliberale Paradigma vom krisenfreien Kapitalismus Lügen. Der Höhenflug der Finanzmärkte wurde durch eine Bruchlandung beendet, deren realwirtschaftliche Folgen bis heute sichtbar sind. Was bleibt, ist nicht nur ein niedrigeres Wohlstandsniveau für breite Teile der europäischen Bevölkerung, sondern auch eine politische Krise in Europa, wie der Brexit und der Aufstieg rechter und reaktionärer Parteien zeigt.

Blogtipp:

Thomas Zotter

Zehn Jahre Bankenpaket
tinyurl.com/y7hd42fy

John Lancheester

Die große Wut: Zehn Jahre Finanzkrise
tinyurl.com/yd3g3s75

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
romana.brait@akwien.at

oder die Redaktion
aw@oegb.at

Die Ursachen der Krise

Entwicklung des Weltsozialprodukts



10,1 Billionen US-\$



48,3 Billionen US-\$

Akkumuliertes Finanzvermögen



12 Billionen US-\$



167 Billionen US-\$

Die Folgen der Krise

Kosten der Bankenpakete

Euroraum: 219,3 Milliarden €

644 Euro je EinwohnerIn

Österreich: 14,1 Milliarden €

1.607 Euro je EinwohnerIn

(mehr als doppelt so hoch)

Kulturtipps zum Gedenkjahr

Das Gedenkjahr 2018 neigt sich dem Ende zu. Einige Ausstellungen zum Jubiläumsjahr werden noch bis Jahresende und darüber hinaus gezeigt:

Die erkämpfte Republik. 1918/19 in Fotografien

12. November 1918: Hunderttausende sind auf die Wiener Ringstraße gekommen, um das Ende der Habsburgermonarchie und den demokratischen Neubeginn zu feiern. An diesem Tag wurde die Republik Deutschösterreich ausgerufen. Das Frauenwahlrecht wurde eingeführt, Zensur und Versammlungsverbote wurden aufgehoben, der 8-Stunden-Tag etabliert. Diese Errungenschaften kamen nicht von selbst: Sie sind hart erkämpft worden. Dieser politische und gesellschaftliche Umbruch fand erstmals vor den Augen von Fotojournalisten statt. Das Wien Museum erzählt davon, wie der neue Staat entstand und welche Folgen die Wendezeit 1918/19 hatte.

Wien Museum Karlsplatz
25. Oktober 2018 bis 3. Februar 2019
www.wienmuseum.at

Photo/Politics/Austria

Das mumok unternimmt eine Zeitreise mit Fotos. Je ein Bild für die vergangenen 100 Jahre seit der Republikgründung plus eines für das Jahr 2018 erinnern punktuell an Ereignisse, die mit genau einem Jahr verbunden sind: Justizpalastbrand (1927), Menschen auf der Flucht aus Ungarn (1956), der Tschechoslowakei (1968) oder Syrien (2015), Jörg Haider's alkoholbedingter Unfalltod (2008). Aber sie erinnern auch an politische und gesellschaftliche Entwicklungen, die über

Jahre hinweg wirken: Heimkehr aus dem Weltkrieg, Faschismus, Krieg, Wiederaufbau, Motorisierung, Tourismus.

Museum moderner Kunst Wien
bis 3. Februar 2019
www.mumok.at

Frauen wählen! – 100 Jahre Frauenwahlrecht

Am 12. November 1918 wurde Frauen das aktive und passive Wahlrecht zuerkannt. 1919 konnten sie erstmals gleichberechtigt mit Männern ihr Wahlrecht wahrnehmen. Statt Infos auf Plakate zu drucken und diese als Ausstellung zu zeigen, hat die Nationalbibliothek eine virtuelle Ausstellung zusammengestellt. Beginnend mit der Revolution von 1848 wird der Weg bis zum Wahltag am 16. Februar 1919 anhand von Illustrationen, Zeitungsausschnitten, Fotos, Plakaten und Flugblättern nachgezeichnet.

Online-Ausstellung der Österreichischen
Nationalbibliothek
www.onb.ac.at/ariadne

Der Staat, das sind wir

Nicht die „große Politik“ im Gründungsjahr der Republik 1918 steht im Mittelpunkt der Vortragsreihe an der VHS Ottakring. Vielmehr sind es die Erfahrungen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen. Was hat die Menschen in dieser kurzen, aber aus heutiger Sicht revolutionären Zeit

geprägt? Von November 2018 bis April 2019 ist auch die sehenswerte Posterausstellung „Der Staat, das sind wir“ zu sehen. Im Zentrum der Ausstellung steht die Geschichte der österreichischen Demokratie.

VHS Ottakring
November 2018 bis April 2019
www.vhs.at/de/e/ottakring

Marx in Wien. Nachgezeichnet von P. M. Hoffmann

Im August 1848 reiste Karl Marx nach Wien, um sich ein Bild von der Lage zu machen. Für den Waschsalon hat der deutsche Illustrator P.M. Hoffmann die einzelnen Stationen in Szene gesetzt.

Das Rote Wien im Waschsalon Karl-Marx-Hof
bis 20. Dezember 2018
www.dasrotewien-waschsalon.at

Wer war 1968? Kunst, Architektur, Gesellschaft

Im LENTOS dreht sich alles um das Jahrzehnt der Ausbrüche, Aufbrüche und Umbrüche in der Stahlstadt Linz. Zentrale und oft bis heute unbekanntere Figuren und Momente der lokalen Geschichte finden darin Platz.

LENTOS Kunstmuseum Linz
bis 13. Jänner 2019
www.lentos.at

Nicht zuletzt

von

Susanne Hofer

Vorsitzende der Österreichischen
Gewerkschaftsjugend

Es ist nicht genug!

Vor über achtzig Jahren haben die Nationalsozialisten das eigenständige Österreich ausgelöscht. Aber schon zuvor wurden freie Gewerkschaften strukturell zerstört, die Führung zerschlagen und Aktivistinnen und Aktivistinnen eingesperrt. Weil es die Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen waren, die schon immer gegen den Faschismus und gegen die Zerstörung der Demokratie gekämpft haben. Sich an diese Zeit zu erinnern, der Opfer zu gedenken und sich bewusst zu machen, auf welchem Nährboden der Nationalsozialismus in Österreich entstehen konnte: Genau das ist heute wichtiger denn je.

Umso mehr unsere Aufgabe

Die Menschen, die uns als Zeitzeugen und Zeitzeuginnen darüber berichten können, werden bald nicht mehr leben. Umso mehr ist es unsere Aufgabe als GewerkschafterInnen, dafür zu sorgen, dass Warnsignale wahrgenommen und ernst genommen werden.

Und davon gibt es derzeit mehr als genug: Wir müssen aufmerksam sein, wenn eine bestimmte Gruppe der Gesellschaft als Sündenbock für rechte Parteien herhalten muss und für alles, was in diesem Land und in Europa falsch läuft, verantwortlich gemacht wird. Wenn die Pressefreiheit in Ungarn, Polen, der Türkei und nicht zuletzt durch den österreichischen Innenminister in-

frage gestellt wird. Oder wenn über eine Einschränkung des Demonstrations- und Versammlungsrechts gesprochen wird. Das sind Signale, die wir nicht ignorieren dürfen und die uns daran erinnern, dass sich die Geschichte nicht wiederholen darf. Auch wenn wir als Gewerkschaftsjugend immer wieder hören: „Jetzt reicht es dann auch mal. Könnt ihr die Geschichte nicht ruhen lassen?“ Nein, können und dürfen wir nicht!

Es waren die GewerkschafterInnen, die sich nach Ende des Naziregimes vom ersten Tag an für ein freies, demokratisches Österreich eingesetzt haben. Es waren GewerkschafterInnen, die unter Einsatz ihres Lebens für diese Werte gekämpft haben. Sie waren es, die schon vor hundert Jahren ein vorbildliches System der betrieblichen und überbetrieblichen Demokratie und Mitbestimmung für ArbeitnehmerInnen in Form des **Betriebsrats- und Arbeiterkammergesetzes** durchgesetzt haben. Sie waren es, die mit ihrem Handeln und nicht zuletzt mit der Gründung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes einen maßgeblichen Beitrag für eine freie Demokratie geleistet haben. Diese Leistung sehen wir mit Ehrfurcht und diesen Weg müssen wir als Jugend auch fortsetzen.

Freie Gewerkschaften sind ein Teil unseres demokratischen Systems. Wer diese infrage stellt oder gar zerstören will, hat noch viel Schlimmeres vor – das

lehrt uns die Geschichte. Es fängt mit kleinen Schritten an, unscheinbar und harmlos wirkend. Aber genau das dürfen wir nicht unterschätzen. Unbedeutend und harmlos scheint das Vorhaben der derzeitigen Bundesregierung zur Mitbestimmung der Lehrlinge im Betrieb.

Nein zum Ende der Mitbestimmung

Politische Mitbestimmung und das Wahlrecht sind jedoch die zwei wichtigsten Merkmale einer Demokratie. Und genau diese Mitbestimmung will die Bundesregierung den Lehrlingen im Betrieb nehmen. Der Jugendvertrauensrat, als demokratisch gewähltes Vertretungsorgan der Lehrlinge und jungen ArbeitnehmerInnen, soll ersatzlos gestrichen werden.

Damit nimmt die Bundesregierung jungen Menschen nicht nur den Jugendvertrauensrat, sondern auch die Möglichkeit, Mitbestimmung und Demokratie kennenzulernen. Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen sind für Demokratie und Freiheit gestorben, deshalb ist es unsere Aufgabe dafür zu kämpfen, dass diese Demokratie und Mitbestimmung – auch in scheinbar nebensächlichen Bereichen – erhalten bleibt. Als Gewerkschaften müssen wir den Menschen eine Stimme geben. Wir müssen ihnen das Gefühl geben, etwas bewegen zu können. Nur wer die Geschichte kennt, kann die Zukunft beeinflussen!



awblog.at ist die digitale Ergänzung zur Printausgabe der „Arbeit&Wirtschaft“. Frisch gebloggt zeigt die Highlights.

Integration wird gefordert, Mittel dafür werden gestrichen

Oliver Gruber & Vucko Schüchner

Auf dem Rücken der SchülerInnen und auf Kosten der Integration wird Budget eingespart, während gleichzeitig lautstark Integration eingefordert wird. Konkret hat die Bundesregierung mit der Streichung des bislang mit jährlich 80 Millionen Euro dotierten Integrationsstopfes wichtige Ressourcen für die Bewältigung der derzeit diskutierten Herausforderungen gestrichen. So fehlen Österreichs Schulen trotz Basisfinanzierung für Deutschförderklassen auf einen Schlag rund 400 Planstellen für Deutschfördermaßnahmen. Aber nicht nur im Sprachförderbereich, auch bei den IntegrationslehrerInnen fehlen ab diesem Schuljahr weitere Dienstposten, die bislang an Schulen mit besonderen Herausforderungen vergeben wurden. Trotz positiver Evaluation und nachgewiesener Verbesserung der Lernergebnisse bei den SchülerInnen durch diese IntegrationslehrerInnen, fallen diese dem Sparstift zum Opfer. Und das obwohl gerade hier – wie die aktuelle Debatte zeigt – von allen Seiten ein erhöhter Bedarf an Personal geortet wird.

Lesen Sie mehr: tinyurl.com/yd5vdt8o

Wer gewinnt, wer verliert? Die Budgetpolitik der neuen Regierung in vier Punkten.

Romana Brait & Pia Kranawetter

Der Konjunkturaufschwung sollte genutzt werden, um Menschen in Beschäftigung zu bringen, den Sozialstaat in den Bereichen Pflege, Bildung und Gesundheit auszubauen und mehr in leistbares Wohnen und eine nachhaltige (Verkehrs-)Infrastruktur zu investieren. Doch die Budgetpolitik der Bundesregierung ist von Reforminszenierungen sowie Steuerergeschenken an Unternehmen und Vermögende geprägt. Obwohl die Zahl der Arbeitslosen – auch im aktuellen Konjunkturrhoch – deutlich über dem Niveau vor der Wirtschaftskrise 2008 liegt und ab 2021 bereits wieder zu steigen droht, wurden die Aktion 20.000 für ältere ArbeitnehmerInnen gestrichen und die Mittel für das AMS gekürzt. Mit dem sogenannten „Arbeitslosengeld Neu“ plant die Regierung weitere tiefgehende Einschnitte ähnlich dem deutschen Hartz-IV-Modell. Obwohl die Mindestsicherung weniger als ein Prozent der Sozialausgaben ausmacht, plant die Regierung ein rigideres Modell, bei dem Familien weniger Geld erhalten sollen. Für Unternehmen ist hingegen ab 2020 eine Senkung der Körperschaftsteuer auf nicht entnommene Gewinne bzw. eine Senkung des allgemeinen Satzes angekündigt.

Lesen Sie mehr: tinyurl.com/yb50caq3

Wenn Ihnen ein Blogbeitrag gefällt, belohnen Sie uns und die Autorinnen und Autoren doch damit, dass Sie den Beitrag per Facebook, Twitter, E-Mail oder – ganz klassisch – per Mundpropaganda an interessierte Menschen weitergeben!

Wir freuen uns, wenn Sie uns abonnieren:

awblog.at

Sie finden uns auch auf Facebook & Twitter

facebook.com/arbeit.wirtschaft & twitter.com/AundW

Aus AK und Gewerkschaften

AK:

Entmachtung der Beschäftigten

Die Regierung stellt sieben Millionen Versicherte unter die Kuratel von 155.000 Arbeitgebern.

Mit zahlreichen Maßnahmen verschiebt die Bundesregierung das Gleichgewicht zu Lasten der ArbeitnehmerInnen. Das ist eine Abkehr vom langjährigen österreichischen Erfolgsprinzip des Ausgleichs zwischen Wirtschaft und Arbeit. Das markanteste Beispiel ist der von der Regierung vorgelegte Entwurf einer Sozialversicherungsreform.

In den Gebietskrankenkassen sind sieben Millionen ArbeitnehmerInnen und ihre Angehörigen versichert. Gemäß dem Prinzip der Selbstverwaltung haben dort ihre demokratisch legitimierten VertreterInnen das Sagen. In der neu fusionierten Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) soll ihnen diese Entscheidungshoheit genommen werden.

Mit der nun geplanten Parität werden sieben Millionen Versicherte unter die Kuratel von 155.000 Arbeitgebern

gestellt. Letztere haben ihre eigene Sozialversicherung und damit kein Eigeninteresse an guten Leistungen in der ÖGK. Vielmehr bestehen gleich mehrere negative Anreize: Die UnternehmerInnen haben ein Interesse daran, die Arbeitskosten niedrig zu halten, also womöglich die Sozialversicherungsbeiträge zu senken, was tendenziell zu einer Verschlechterung der Leistungen führt.

Ebenso haben sie ein Interesse an Geschäften mit der Sozialversicherung, also der Übernahme von Gesundheitsleistungen und -einrichtungen durch Private. Dabei geht es naturgemäß nicht um die bestmögliche Versorgung der Versicherten, sondern um das Gewinninteresse der Gesundheitsbranchen in der Wirtschaftskammer.

Wie sehr die sieben Millionen Versicherten an den Rand gedrängt werden, zeigt

sich bei einem Schlüsselthema der Sozialversicherung: den Selbstbehalten. Beim Arztbesuch beispielsweise mussten die GKK-Versicherten bislang nichts aus eigener Tasche dazuzahlen. Das neue Gesetz enthält nun einen eigenen Paragraphen zu den Selbstbehalten. Laut ihm soll das „Kostenbewusstsein“ der Versicherten geschärft werden.

Die bisherigen finanziellen Voraussetzungen für die Einführung von Selbstbehalten werden geschwächt. Zudem sind die Mehrheitsverhältnisse im neuen Dachverband so gestaltet, dass die VertreterInnen der sieben Millionen ÖGK-Versicherten überstimmt werden können. Diesen könnten also bald gegen ihren Willen und ohne finanzielle Notwendigkeit Selbstbehalte beim Arztbesuch drohen.

Mehr Info: tinyurl.com/y8vnuef2

ÖGB:

Im Schneckentempo

Equal Pay Day am 20. Oktober: Frauen verdienen 19,9 Prozent weniger. Höchste Zeit für Maßnahmen!

In der Serie „Mad Men“ forderte die Figur Peggy Olson schon in den 1960er-Jahren von ihrem Chef gleiche Bezahlung. Bis heute ist die Einlösung dieser Forderung noch offen.

Die Lohnschere zwischen Frauen und Männern schließt sich zwar seit Jahren, aber viel zu langsam, kritisieren die ÖGB-Frauen. Heuer fand der Equal Pay Day (EPD) österreichweit am 20. Oktober statt.

An diesem Tag haben Männer bereits das Einkommen erhalten, für das Frauen noch bis zum Jahresende arbeiten müssen. Statistisch gesehen verdienen Frauen also um satte 19,9 Prozent weniger als Männer. „Die Gratarbeit von Frauen ist unfair, einer modernen Arbeitswelt nicht gerecht und darf nicht länger toleriert werden“, betonte Korin-

na Schumann, ÖGB-Vizepräsidentin und Frauenvorsitzende. Um die Situation von Frauen in der Arbeitswelt wesentlich zu verbessern und somit auch die Altersarmut von Frauen zu reduzieren, ist ein Bündel an Maßnahmen notwendig. „Es ist höchste Zeit, dass die Regierung Frauen und ihre Arbeit, die sie täglich leisten, ernst nimmt und Maßnahmen setzt, die ihre soziale Situation sowie die Bedingungen am Arbeitsmarkt wesentlich verbessern.“

Es liegen genug Handlungsvorschläge auf dem Tisch. Die Regierung muss sie nur angehen – und zwar rasch“, sagt Schumann. Dazu zählen unter anderem die volle gesetzliche Anrechnung der Karenzzeiten, ein kollektivvertragliches Mindesteinkommen von 1.700 Euro brutto bei Vollzeitbeschäftigung, ein

Anspruch auf einen Kinderbildungs- bzw. Betreuungsplatz sowie ein Lohntransparenzgesetz. Letzteres wurde zum Beispiel in Island eingeführt: Seit 1. Jänner 2018 müssen Unternehmen mit einer Größe von mehr als 25 MitarbeiterInnen gegenüber der Regierung nachweisen, dass Frauen und Männer gleich bezahlt werden.

Tun sie es nicht, wird eine Geldstrafe fällig. Ziel: Bis 2020 soll die Lohnlücke komplett geschlossen sein. In Österreich scheint man davon noch weit weg zu sein. Zwar spricht sich Frauenministerin Juliane Bogner-Strauß (ÖVP) für mehr Lohngerechtigkeit und Einkommens-transparenz aus, aber von einem Lohntransparenzgesetz ist keine Rede.

Mehr Info: www.oegb.at/frauen

Man kann nicht alles wissen ...

Akademische Legion: im März 1848 durch den Zusammenschluss von Wiener Studenten entstandener bewaffneter Freikorps, der Teil der Nationalgarde war, die ebenfalls zu Beginn der Märzrevolution entstand und zu der Männer zwischen 19 und 50 Jahren zugelassen waren. (Seite 12)

Arbeiterkammergesetz: Schon im 19. Jahrhundert gab es die Forderung nach einer gesetzlichen Interessenvertretung der ArbeitnehmerInnen nach dem Vorbild anderer Kammern. 1920 beschloss der Nationalrat das von Sozialminister Ferdinand Hanusch initiierte Arbeiterkammergesetz, nach welchem in jedem Bundesland eine Kammer eingerichtet werden konnte; 1954 Neufassung nach NS-Zeit; mit der AK-Reform 1992 entstand auch ein neues Gesetz. (Seite 43)

Betriebsrätegesetz: Im Mai 1919 wurde von der konstituierenden Nationalversammlung für Deutschösterreich das Gesetz zur Errichtung von Betriebsräten beschlossen. Das Gesetz, an dem Otto Bauer, damals Außenminister, federführend beteiligt war, war aufgrund der brisanten politischen und sozialen Zustände rund um das Kriegsende sehr rasch zustande gekommen. (Seite 43)

Breitner, Hugo: österreichischer SP-Politiker (1873–1946); als Finanzstadtrat in Wien (1919–1932) gelang es ihm, die Kreditfähigkeit der Stadt wiederherzustellen. Bekannt wurde er vor allem durch die Einführung sogenannter „Breitner-Steuern“, mit denen die Vermögenden zur Kasse gebeten wurden: Wohnbausteuer zur Etablierung des sozialen Wohnbaus, Hausgehilfinnensteuer für alle, die Hausangestellte beschäftigten etc. Breitner war jüdischer Abstammung und flüchtete 1938 aus Österreich. Er starb 1946 in den USA, kurz vor seiner geplanten Rückkehr. (Seite 33)

Brown, Gordon: britischer Politiker der Labour-Party, geb. 1951; 1997 bis 2007 Schatzkanzler der Regierung Tony Blair, 2007–2010 Premierminister, dzt. UN-Sondergesandter für Bildung. (Seite 40)

Domes, Franz: österreichischer Gewerkschafter und sozialdemokratischer Politiker (1863–1930); ab 1920 Präsident der AK für Wien und Niederösterreich sowie Nationalratsabgeordneter. (Seite 4)

Friedensvertrag (von Saint-Germain): Nach dem Ersten Weltkrieg wurden mehrere Verträge zwischen den Siegermächten (Frankreich, Großbritannien, USA und Italien) und den unterlegenen Mittelmächten (Deutsches Reich, Österreich-Ungarn geschlossen). Die Verträge wurden von den Siegermächten einseitig aufgesetzt und mussten dann „nur“ unterschrieben werden. Die Auflösung der österreichischen Reichshälfte der Doppelmonarchie und die Bedingungen für die neue Republik Österreich regelte im September 1919 der Vertrag von Saint-Germain. Er enthielt auch das Anschlussverbot, denn Österreich hatte sich, nachdem die Doppelmonarchie kurz vor Kriegsende zerfallen war, nach dem Krieg als Deutschösterreich dem Deutschen Reich angeschlossen.

Otto Bauer, Außenminister von Deutschösterreich und ein Verfechter des Anschlusses, trat im Juli 1919 zurück und Staatskanzler Renner übernahm seine Agenden. (Seite 14)

Gründungsregierung: erste Regierung nach/während der (Neu-)Gründung eines Staates. (Seite 22)

Hanusch, Ferdinand: österreichischer sozialdemokratischer Politiker (1866–1923); 1918–1920 Minister für soziale Fürsorge/Verwaltung: Gründung der Arbeiterkammer, moderne Sozialgesetzgebung mit Krankenkassen, 48-Stunden-Woche, Verbot von Kinderarbeit, Arbeitslosenversicherung, Betriebsrätegesetz etc. (Seite 4)

Heuber, Anton: österreichischer SP-Politiker und Gewerkschafter (1861–1935), Mitbegründer und erster Vorsitzender des 1928 gebildeten Bundes Freier Gewerkschaften. (Seite 23)

inhärent: an etwas haftend, innewohnend. (Seite 40)

Kandelaber: mehrarmiger Leuchter bzw. Ständer für Straßenbeleuchtung. (Seite 12)

Kisch, Egon Erwin: deutschsprachiger Schriftsteller und Journalist jüdischer Herkunft (1885–1948 in Prag); nach dem Titel eines seiner Werke auch als „Rasender Reporter“ bekannt. 1915 im Ersten Weltkrieg schwer verwundet, wandte sich danach verstärkt dem Kommunismus zu und war an vielen bedeutenden Ereignissen rund um Kriegsende und Republikgründung in Wien beteiligt. Danach folgten zahlreiche Reisereportagen, 1933 Flucht vor den Nazis (aus Berlin), engagierte sich u. a. in der Antikriegsbewegung; bis 1946 im Exil in den USA und Mexiko. (Seite 32)

Krähwinkel: fiktiver Ortsname, der für kleinstädtische, spießbürgerliche Beschränktheit steht (ähnlich „Hintertupfing“). Der Name kam bereits kurz nach 1800 erstmals in der Literatur vor, später u. a. auch 1848 bei Johann Nestroy in der Posse Freiheit in Krähwinkel. (Seite 39)

martialisch: kriegerisch, verwegen. (Seite 26)

Popp, Adelheid: Frauenrechtlerin und Sozialistin (1869–1939); weil ihr Vater, ein Weber, nach dem Aufkommen der mechanischen Webstühle seine Familie kaum ernähren konnte und Alkoholiker war, arbeitete sie schon als Kind zwölf Stunden täglich in der Fabrik, bis sie – erschöpft und unterernährt – ohnmächtig wurde, phantasierte und in die Psychiatrie kam. Das Personal dort versorgte sie auch mit Büchern. Mit nur drei Jahren Volksschule erwarb sich Popp ihre Bildung weitgehend selbst, war später u. a. Mitbegründerin und Herausgeberin der Arbeiterinnen-Zeitung. 1918–1923 war Popp Abgeordnete im Wiener Gemeinderat, 1919–1934 auch Parlamentsabgeordnete. (Seite 13)

RAF (Rote Armee Fraktion): linksextremistische terroristische Vereinigung, gegründet 1970 u. a. von Andreas Baader, Ulrike Meinhof, Gudrun Enslin und Horst Mahler; verantwortlich für 33 Mor-

de sowie mehr als 200 Verletzte durch Attentate, Geiselnahmen und Banküberfälle. (Seite 38)

Renner, Karl: österreichischer sozialdemokratischer Politiker (1870–1950), 1918–1920 Staatskanzler, danach NR-Abgeordneter, 1933 legte er aus abstimmungstechnischen Gründen sein Amt als NR-Präsident zurück, was letztendlich zum Staatsstreich von Engelbert Dollfuß führte. Renner, der sich schon 1918 für den Anschluss an das Deutsche Reich eingesetzt hatte, war auch 1938 dafür. Die NS-Zeit verbrachte er unter Hausarrest, 1945 wurde Renner erster Bundespräsident der Zweiten Republik. (Seite 23)

Reumann, Jakob: österreichischer Politiker (1853–1925); 1919 bis 1923 als erster sozialdemokratischer Bürgermeister von Wien wesentlich verantwortlich für zahlreiche Reformen. 1923 wurde ein großes Wohnbauprogramm beschlossen, mit dem 25.000 Gemeindewohnungen bis 1918 errichtet werden sollten. (Seite 23)

Rote Garde: 1918 u. a. von Egon Erwin Kisch gegründete radikal linke Wehrtruppe, die eine Räterediktatur nach russischem Vorbild anstrebte. (Seite 32)

Schindel, Robert: österreichischer Lyriker, Regisseur und Autor, geb. 1944; Sohn jüdischer Kommunisten, 1967 Mitbegründer der linken Studentenbewegung „Kommune Wien“. Sein ambivalentes Verhältnis zu Wien und die Shoa sind zentrale Elemente seines Schaffens. Romane: Cassandra, Gebürtig. (Seite 39)

Schorsch, Johann: österreichischer sozialdemokratischer Politiker und Gewerkschafter (1874–1952); 1919–27 Landtagsabgeordneter in Wien, 1930 bis 1934 NR-Abgeordneter, 1945–48 Obmann der Wiener Gebietskrankenkasse. (Seite 23)

Spira, Leopold: österreichischer Publizist und politischer Autor (1913–1997), Vater von Elizabeth T. Spira; er nahm auf der Seite der Interbrigaden am Spanischen Bürgerkrieg teil, ab 1939 im Exil in Großbritannien. Zurück in Österreich wurde er zu einem der führenden Intellektuellen der KPÖ, 1969 aber aus der Partei gedrängt. Bücher: Ein gescheiterter Versuch: Der Austro-Eurokommunismus; Feindbild Jud. (Seite 34)

Verband Sozialistischer Mittelschüler (VSM): war von 1925 bis 1934 sowie von 1953 bis 1973 die GymnasiastInnenorganisation der SPÖ; 1971 löste er sich unter trotzkistischer Führung von der Mutterpartei; 1976 entstand quasi als Nachfolgerin die Aktion kritischer SchülerInnen. (Seite 38)

Zionismus: 1. nach dem Tempelberg Zion in Jerusalem Ende des 19. Jahrhunderts entstandene jüdische Bewegung mit dem Ziel, einen Staat für Juden in Palästina zu schaffen. 2. politische Strömung, die eine Stärkung Israels befürwortet. (Seite 33)



Reise in die Geschichte der ArbeiterInnenbewegung in Wien Ausgewählte Schauplätze

Wolfgang Slapansky
Georg Sever (Hrsg.)

Zeitgeschichte / ÖGB-Verlag 2018 / 188 Seiten / EUR 24,90
ISBN 978-3-99046-331-43

Bei einem Spaziergang durch Wien kommt man an jeder Ecke mit der Wiener ArbeiterInnenbewegung in Berührung. Vom Wienerberg im Süden – die Wiege der österreichischen ArbeiterInnenbewegung – über das Amalienbad und das Vorwärts-Haus bis hin zum Karl-Marx-Hof im Norden, dem Prestigeprojekt der Wiener Wohnungspolitik der Zwischenkriegszeit. Es handelt sich um Bauten und Institutionen, die ein Weltbild widerspiegeln, das von Gleichheit, Solidarität, Mitbestimmung, guten Arbeitsbedingungen, gerechtem Lohn, leistbaren Freizeitmöglichkeiten und einem friedlichen Miteinander aller geprägt ist.

Von den geschichtlichen Orten der ArbeiterInnenbewegung ausgehend spannt der Autor einen Bogen zur Bedeutung der jeweiligen Einrichtung in die heutige Zeit. Anhand historischer Schauplätze in Wien wird die geschichtliche Leistung der ArbeiterInnenbewegung verdeutlicht. Zahlreiche Abbildungen machen diesen Reiseführer zu einer vergnüglichen Lektüre. Es ist ein Stadtspaziergang der besonderen Art.

BESTELLEN

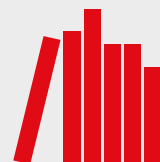
VERSANDKOSTENFREI IM THEMESHOP DES ÖGB-VERLAGS

www.arbeit-recht-soziales.at / kontakt@arbeit-recht-soziales.at

DIREKT IN DER FACHBUCHHANDLUNG DES ÖGB-VERLAGS

1010 Wien, Rathausstraße 21

T +43 1 405 49 98-132 / F +43 1 405 49 98-136



Gesundheit darf nicht zum Luxus werden!



**Kreditkarte statt e-card?
Die Zerschlagung der Sozialversicherung
führt zu Selbstbehalten
und höheren Kosten.**

Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns
bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige
Anschrift mit

Straße/Gasse Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl Ort Besten Dank

AW